

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Paul Gaber, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz Weizge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49. Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Mühlstraße 8. Fernsprecher 561. — Preis: Einzelheft 10 Pf. — Vierteljahrspreis: 3 Mark. — Halbjahrspreis: 6 Mark. — Jahrespreis: 12 Mark. — In der Expedition und den Buchhandlungen erhältlich. Einzelne Nummern 5 Pf. — Sonntags- und Feiertagsnummern 10 Pf. — In der Expedition: die schlagpatente Wettzelle 16 Pf. — Postzeitungsliste Seite 874.

Nr. 32.

Magdeburg, Dienstag den 7. Februar 1905.

16. Jahrgang.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

250 000 Bergarbeiter stehen im Streit. Gewaltige Summen sind erforderlich, um den aufgezwungenen Kampf zu ermöglichen. Gebe jeder so schnell und so viel er kann. Sammelt, wo sich irgendwie Gelegenheit dazu bietet und liefert das Geld sofort an die Sammelstellen ab. Der Kampf der Bergarbeiter ist zugleich euer Kampf; ihr Sieg ist auch euer Sieg! Darum bezeugt eure Solidarität.

Der Klassenkampf im Ruhrrevier.

Was soll geschehen?

Aus Bochum erhalten wir vom 5. d. M. folgenden Bericht:

Was soll nun werden? Was wird es geben? Seit acht Tagen steht die Bewegung auf dem toten Punkt. Nirgend ein Weg, auf dem man weiter kommen kann. Aber man kann doch nicht ruhig, Gewehr bei Fuß, warten, bis die Regierung mit der angekündigten Novelle herauskommt. Wenn sie das Versprochene nicht hält, könnte der Kampf eventuell ja wieder aufgenommen werden! Doch wie steht es mit den Grubenmagnaten? Steigen sie herab von stolzer Höhe? Das fällt ihnen nicht ein, nicht einen Zoll breit geben sie nach in Betonung ihres rücksichtslosesten Herrenstandpunktes. Und sie werden es auch nicht tun, diesmal noch nicht! Wenn es hundert Millionen Mark kostet, wir gehen nicht nach! Sie sind treu geblieben dieser von wahnwitzigem Uebermut diktierten Parole. Trotzdem, das Prinzip des Absolutismus ist zerrissen worden. Grundsätzliche Anerkennung der Organisationen bedeutet der Vermittlungsversuch der Regierung. — Daß die Regierung abbligte bei den Kohlenfeudalen, ist ein Grund mehr, dem Prinzip der Gleichberechtigung, der Anerkennung der Organisationen praktisches Gewicht zu geben — durch die Gesetzgebung. . . . Das sind Fragen der näheren oder ferneren Zukunft!

Doch was soll jetzt geschehen, was ist sofort noch zu erreichen, von welchen strategischen Gesichtspunkten aus wollen die Arbeitergenerale den sozialen Krieg weiter führen? Auf alle diese Fragen hoffte man Antwort zu finden in der großen, heute in Bochum auf dem Schützenhof stattfindenden Revierversammlung. Erst am Sonnabend wurde das Stattfinden der Versammlung bekannt, trotzdem zogen in unabsehbaren Zügen die Streitenden zum Schützenhof hinan.

Der Schützenhof in Bochum hat historische Bedeutung für die Bergarbeiterbewegung des Ruhrreviers. Hier tagten die wichtigsten Versammlungen während des Streiks 1889-90. Sollte die heutige Versammlung wieder von entscheidender Bedeutung sein? Leidend für diesen Kampf und von gewaltiger Bedeutung für die gesamte Arbeiterbewegung?

Ähnliche Fragen hörte ich von manchem alten Knappen. — Und die Antworten? Einige meinten, es müsse weiter gekämpft werden — bis der volle Sieg errungen sei! Eine erhebende Zuversicht auf die Stärke der Solidarität tönte aus allen Reden heraus. Nicht alle Meinungen waren unbedingt für Fortsetzung des Kampfes. . . . Ein junger Bergmann mit intelligenten Zügen meinte: Mühsen wir jetzt anzufahren, ohne direkte Zugeständnisse, lediglich mit dem Versprechen der Regierung in der Tasche, dann steigern sich Zorn und Wut ins Grenzenlose, der Krieg bleibt erklärt! Werden die Forderungen nicht in der Praxis anerkannt, will man gar Maßregeln vornehmen — dann bedarf es nur eines Rufes der Führer und der Generalfreie bricht wieder aus!

Wohl all die Tausende, die zum Schützenhof hinzogen, waren mit Gedanken an das, was kommen soll, beschäftigt. Lange vor Beginn der Versammlung war der Niesenjaal gefüllt. An die 10 000 Menschen standen da, Leib an Leib gedrängt, dabei eine fast bewegungslose Ruhe. Es war, als sei die vieltausendköpfige Masse ein Leib mit einem Willen, einem Gedanken. Wenn an einer Stelle eine leichte Bewegung entstand, zitterte sie weiter durch den Niesenkörper, wie wenn ein Windhauch über ein Kornfeld weht.

Draußen war feiner Regen gefallen. Feuchte Kleidung in Verbindung mit den Wärmeausstrahlungen des Niesenleibes erzeugten eine schwüle, drückende Atmosphäre. Wie geheimnisvolles Murren aus der Tiefe dringt aus den entferntesten Ecken des Lokals leichtes Stimmengeräusch an das Ohr. Ueber dem Ganzen lagert eine atemlose Spannung. Was wird sie auslösen? . . .

Möglich geht es wie ein Ruch durch die Menschenmenge — der Einberufer hat das Podium bestiegen, er schwingt die Glocke. Eine kurze Bewegung, ein leichtes, zitterndes Wogen des Menschenmeeres, die Tausende richten ihre Augen auf

den Bläser das Raunen und Flüstern verstummt. Totenstille herrscht im Lokal. Ein faszinierender Eindruck! Eine stumme, überwältigende Demonstration gegen die nichtsnutzigen Latarennachrichten in der Scharfmacherpresse. Das sind die „Madauhelden“ und Gewalttäter!

Mit den üblichen Formalitäten eröffnet Armbrust die Versammlung. Dann erteilt er dem Abgeordneten Sachse das Wort zum Vortrag über „Der Stand der Bewegung“. Wieder geht eine kurze Bewegung durch die Menge, dann steht alles ruhig, wie angewachsen. Aufmerksam lauscht man den Worten. Hin und wieder kurze Zustimmung- oder Entrüstungsrufe; sie geben Kunde, daß Leben in dem Niesenleib wohnt.

Sachse schildert die Hartnäckigkeit der Grubenmagnaten, deren Uebermut, er äußert Mißtrauen gegenüber der angekündigten Novelle zum Vergesetz. Schon einmal sei man betrogen worden, im Jahre 1892. Anstatt der gepriesenen Reform bekam man Verschlechterungen! Nichts sei geschehen, das ein Einstellen des Kampfes rechtfertigen könne! Ausscharen in Kampf heiße immer noch die Parole! (Stürmisches Bravo!) Und doch, nochmals wolle man die Hand zum Frieden bieten! Den Reichskanzler wolle man auffordern, über die sechs Punkte, die durch das Vergesetz geregelt werden sollten, bestimmte Garantien zu geben. Bezüglich der übrigen sieben Punkte werde die Siebener-Kommission sich am Montag nochmals mit reduzierten Forderungen an den Bergbaulichen Verein wenden! Wenn dieser die Kommission nicht hinauswerfe, auf Verhandlungen sich einlasse, dann könne man vielleicht zu einem Frieden kommen!

Daß Friedensstimmung vorhanden ist, bewies die lebhafteste Zustimmung zu diesem Vorschlag. Aber nicht aus dem Gefühl der Schwäche ist die Friedensstimmung geboren.

Sachse spricht weiter: Verhalte der Bergbauliche Verein sich dagegen weiter ablehnend, stoße er die Friedenshand wiederum zurück — dann werde weiter gekämpft. Keine Kapitulation! (Stürmische, begeisterte Zustimmung.)

Am Donnerstag, so teilte Sachse weiter mit, finde wieder eine Revierkonferenz der Vertrauensmänner statt. Diese werde — dessen sei er sicher — einmütig beschließen: der Kampf wird fortgesetzt, wenn der Bergbauliche Verein nichts bewilligen will. (Erneute Zustimmung.)

Warm empfundene Worte richtete dann noch der Gen. Hausmann an die Versammlung. Einstimmig gelangte eine Resolution zur Annahme, in welcher die Streitenden sich verpflichten, strikte die Parole der Siebener-Kommission zu befolgen.

Dann noch ein begeistertes Hoch auf die Einigkeit der Bergarbeiterchaft, und die bedeutungsvolle Versammlung war beendet. In größter Ruhe leerte sich das Lokal.

Was wird das Kriegsthermometer am Dienstag anzeigen? Frieden? Oder Fortsetzung des Kampfes?

Rentabilität im Bergbau.

Unser Dortmund- und -Korrespondent schreibt uns: Bergmeister Engel hat namens des Bergbaulichen Vereins eine Broschüre herausgegeben, in der er kategorisch ein Zuchttausegesetz fordert. Gegen die erhobenen Beschwerden weiß der Schützengel des Kapitals eben nichts vorzubringen. In seiner Verlogenheit verfällt er auf den Gedanken, als Retter der Monarchie aufzutreten, als ein Retter, dem nur das Wohl der — Gesamtheit am Herzen liegt. Der Streik sei eine Folge sozialdemokratischer Verhetzung. Eine Bewilligung der Forderungen werde die Sozialdemokratie erheblich stärken, das ganze Erwerbsleben unter sozialistische Diktatur stellen, die Bande des Staates lösen, die Autorität der Regierung untergraben.

Man möchte glauben, der Schützengel erlaube sich einen schlechten Witz. Zu derselben Zeit, wo der Bergbauliche Verein die Regierung vor der ganzen Welt kompromittierte, indem er den Abgesandten der Minister die Tür vor der Nase zuschlug, übermütig erklärte: Wir pfeifen auf eure Vermittlung! schreibt Herr Engel: man kämpfe für die Autorität des Staates!

In der erwähnten Broschüre macht Herr Engel aber noch einige Bemerkungen, die der Richtigstellung bedürfen. Er schreibt:

Den Gegnern unseres Kohlenbergbaues dient zur Begründung ihrer Angriffe auch häufig der Hinweis auf seine hohen Ertragnisse. Ueber diese Frage hat ganz vor kurzem die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ einen Artikel veröffentlicht, in dem die Durchschnittsdividende der deutschen Aktiengesellschaften der Steinkohlenindustrie für den Zeitraum 1870 bis 1900 auf 7,85 Prozent berechnet wird. Diese Berechnung gibt jedoch kein richtiges Bild von der tatsächlichen Verzinsung des im Kohlenbergbau angelegten Kapitals. Denn augenscheinlich sind dabei diejenigen Gesellschaften überhaupt nicht mitgerechnet, die durch Konkurs oder Liquidation erloschen sind, und ferner sind auch die Kapitalreduktionen, die in der in Frage stehenden Zeit vorgenommen wurden, sowie die im Zusammenhang damit eingeforderten Zahlungen außer acht gelassen. Weiter ist zu berücksichtigen, daß das Nominalkapital mancher Gesellschaften teilweise durch frühere Kapitalserhöhungen erheblich reduziert worden ist, so daß der jetzige Nominalbetrag nur einen kleinen Teil des in das Werk hineingesteckten Geldes ausmacht, und daß ferner im Laufe der Jahre bei vielen Gesellschaften keine oder nur geringe Dividenden verteilt wurden, vielmehr Ertragnisse zugunsten der Konsolidierung des Werkes abgeschrieben worden sind, was natürlich der Jetztzeit zugute kommt. . . .

Die obige Berechnung hat Wogan aufgestellt („Die finanzielle Entwicklung deutscher Aktiengesellschaften“). Er hat also auch die Rentabilität unter Berücksichtigung der Verluste berechnet. Danach stellt sich die Verzinsung von 1880 bis 1900 auf 7,42 Prozent, ist also für die 20 Jahre nur unwesentlich geringer als die obige Angabe. Von 1880 bis 1900 sind Verluste durch Liquidation beziehungsweise Konkurs überhaupt nicht zu verzeichnen.

Für die Lohnfragen im Ruhrbergbau können aber nicht die finanziellen Ergebnisse aller deutschen Unternehmungen den Ausschlag geben, man muß schon bei den Ergebnissen der rheinisch-westfälischen Werke bleiben. Hier ist die Dividende aber höher als die Durchschnittsdividende für das Deutsche Reich. Es wurden nämlich Dividenden verteilt:

Werk	Wkt.-Kapital in Mill. M.	Dividende in Prozent					Durchschnitt der letzten 10 Jahre in Proz.
		1890	1900	1901	1902	1903	
Gelsenkirchen	60,0	10	13	12	10	11	9,55
Harpen	60,0	11	12	10	10	11	9,20
Hibernia	51,4	12	15	13	10	11	9,95
Nordbhein	20,0	16	20	20	16	16	13,36
Konkordia	16,0	25	30	27	27	26	21,40
Wkt. in d. B. P.	15,0	4 1/2	7	5	5	6	6,60
Preussische Akt.-G.	6,9	7 1/2	50	45	35	40	49,50
Konordia	8,0	21	25	25	18	20	20,00
Essener B.-B.	5,7	20	15	15	12	12	12,60
Königsborn	9,0	10	12	8	7	9	8,30
Kölnener B.-B.	6,0	30	33 1/2	30	25	27 1/2	20,90
Luise-Liebfrau	4,9	1	2	0	0	0	0,30
Waggen	5,5	9	11	7	5	4	5,20
Magdeburger B.-A.-B.	2,1	35	46 1/2	42	35	35	32,75
Rh. Anthrazitwerke	3,9	10	10	9	6	6	6,35
Aplerbeck	2,4	2	6	6	4	4	3,70

Es sind nur keine Gesellschaften, die keine oder wenig Dividenden verteilt haben, die großen Gesellschaften brachten geradezu glänzende Gewinne herein. Das Aktienkapital der aufgeführten Gesellschaften stellte sich für 1903 auf rund 276 Millionen Mark. Die Gesellschaften mit geringen Dividenden umfassen nur einen kleinen Bruchteil des Gesamtkapitals; sie sind bei Beurteilung der Rentabilität nur von untergeordneter Bedeutung. Die Gesellschaften mit weniger als 8 Prozent Durchschnittsdividende für das Jahrzehnt 1893 bis 1903 weisen nur ein Aktienkapital von 32,7 Millionen Mark auf, dagegen entfällt auf ein Aktienkapital von fast 240 Millionen Mark eine Durchschnittsdividende von über 9 Prozent.

In den Dividenden erscheint aber nur ein Teil des Gewinnes, viele Millionen Mark verschwinden als Reserven, Abschreibungen, Neuanlagen, Lantienmen usw. Würde man nicht immer erhebliche Summen aus den Gewinnen für Neuanlagen verwenden, müßte man um 100 bis 200 Prozent höhere Dividenden zahlen. Das unterläßt man, der Gewinn bleibt ja doch. Der Kurs der Papiere steigt und die Papierhaber können durch Abstoßung der Aktien nochmals einen Gewinn hereinholen, der der seit 10 bis 20 Jahren gezahlten Gesamtdividende gleichkommt.

Bei solch glänzender Lage des Ruhrbergbaues können die bescheidenen Forderungen der Arbeiter leicht bewilligt werden.

Schlechte Justiz.

Die Arbeitswilligen werden von der Justiz mit größter Eile und wahrhaftig ausreichend geschäftigt. Am Sonnabend wurde in Dortmund in vier Fällen über Streiklinder abgeurteilt. Der Bergmann Geste hat am 16. Januar zu einem Arbeitswilligen gesagt: „Wo willst Du hin?“ Er sagte dabei Wut und Spott aus. Das Urteil lautete auf einen Monat Gefängnis. Der Bergmann Hochmeyer hatte zu einem Arbeitswilligen gesagt: „Streikbrecher und Speichellecker“, dafür wurde er zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Bergmann Erhardt hatte, als ein Arbeitswilligentransport vorbeikam, einen der Arbeitswilligen mit einem Steinchen an den Arm geworfen, wodurch eine geringe Verletzung entstanden war. Er wurde dafür zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Der Bergmann Kirchfuß soll zu einem Arbeitswilligen gesagt haben: „Weißt Du nicht, das gestreift wird?“ und weiter: „Warte nur, heute abend, da wirst Du schon sehen!“ Es konnte ihm aber nur die erste Äußerung nachgewiesen werden und erfolgte Freisprechung.

Streik in Mannheim-Ludwigshafen.

Die Kohlenarbeiter von Mannheim und Ludwigshafen, ungefähr 900 Mann, haben die Arbeit niedergelegt. Dieselben erklärten sich in einer Versammlung mit den streikenden Bergarbeitern im Ruhrgebiet solidarisch und beschlossen, keine Hand zu bieten zur Lieferung von Kohlen nach Westfalen.

Generalkonferenz in Belgien.

Am Sonnabend nachmittag wurde in Dober eine Sonder Sitzung des internationalen Komitees der Bergarbeiter abgehalten, an der Vertreter aus England, Deutschland, Frankreich und Belgien teilnahmen. Die englischen Abgesandten kündigten an, daß die Zusammenkunft der Mitglieder der britischen Grubenarbeitervereine am 13. d. M. stattfinden sollte und daß das Exekutiv-Komitee vorschlagen würde, die Unterstützungen, die den deutschen Grubenarbeitern bereits gewährt worden seien, durch neue wesentlich zu erhöhen. Die französischen Vertreter teilten mit, daß die französischen Grubenarbeiter beschloßen hätten, Ueberstundenarbeit zu verweigern, um auf diese Weise zu verhindern, daß französische Kohle nach Deutschland gehe. Die Grubenarbeiter in den nördlichen Häfen Frankreichs würden die Sendung von Kohlen nach Deutschland überwachen; dem deutschen Streikkomitee sei mitgeteilt, daß die französischen Arbeiter ebenfalls beschloßen hätten, Geldsummen für die Ausständigen in Deutschland zu sammeln.

Es wurde ferner eine große Versammlung angekündigt, die Sonntag in Belgien abgehalten werden soll, um die Antwort der Unternehmer auf die Forderungen der Arbeiter zu beraten. Sollten die Forderungen abgelehnt werden, so würden wahrscheinlich alle in den belgischen Kohlenbergwerken beschäftigten Arbeiter in den Ausstand treten.

Die darauf am Sonntag in Charleroi abgehaltene Versammlung der belgischen Bergarbeiter beschloß mit starker Majorität den allgemeinen Ausstand für die vier Kohlenbasins. Der Ausstand soll am Montag beginnen.

Russische „Ruhe“.

Moskau ist darauf gefaßt, daß Montag der Generalkonferenz ausbricht, allem Anschein nach ist die Organisation der Arbeiter zu diesem Zweck gelungen. Die Beamten der Straßenbahn sind bereits im Ausstand.

Die Vorlesungen an der Universität Siew haben am 2. d. M. begonnen, sind aber wieder eingestellt worden, da eine politische Kundgebung seitens der Studenten vorbereitet wurde.

Die Arbeiterführer sowie mehrere leitende Persönlichkeiten der Warschauer Polenpartei haben zahlreiche zugeneigte Erklärungen dafür erhalten, daß am zweiten Tage der Streikbewegung, als sich die Arbeiter noch völlig ruhig verhielten, die verbrecherischen Elemente der Vorstädte, ja sogar entlassene Sträflinge von den Soldaten zu Ausschreitungen und Plünderungen aufgereizt wurden, woraufhin das allgemeine Wachen der Soldaten begann.

In Kasan und Umgebung ruht alle Arbeit.

Aus Batum in Transkaukasien: 3000 streikende Arbeiter zwangen die Bahn- und Telegraphenbeamten auf dem Bahnhof von Samtredi, den Dienst einzustellen; sie zogen dann nach dem Dorfe Samtredi und erzwangen dort die Schließung aller Läden; der Ortsvorsteher fand dabei den Tod. In Poti haben alle Hafenarbeiter die Arbeit eingestellt, alle Verladungen haben aufgehört.

In Sibirien hat es einen neuen Kampf mit der Selbstwehr gegeben:

Während des Leichenbegängnisses von 15 Opfern der Unruhen entspann sich ein Kampf mit dem Militär. Zwei Arbeiter wurden erschossen und 15 verwundet. In der Gegend von Omsk entstand ein Tumult, weil Poliziern einen jüdischen Laden betreten wollten, welcher anläßlich Plakate abhielt. Die elektrische Bahn ist noch immer außer Tätigkeit. Die Expedition an der Sibirischen Ostbahn ist geschleift.

Große Arbeiterunruhen werden aus Sieben und Lublin gemeldet. Die Zahl der Streikenden im polnischen Industriegebiet an der preussischen Grenze wird auf 400 000 geschätzt. Auch unter der ländlichen Bevölkerung des Gouvernements Warschau und Plock macht sich eine starke sozialistische Bewegung bemerkbar. Überall werden Aufzüge mit roten Fahnen arrangiert und Nachrufe an streikende Gewerkschaften verlesen. Die Zahl der Beschäftigten in Warschau übersteigt 1000. Die nächsten Plünderungen, die Militärpatrouillen an Passanten in Warschau verübten, wehren sich.

Die Adelsmarschälle von Moskau (eine Kinderheit), von Jaroslaw (einmalig) und Kursk (eine Mehrheit) verlangen eine freiwillige Volksvertretung. Sie haben Adressen an den Zar mit ihren Forderungen beschloßen.

Aus Myslowitz an der Grenze kommt vom 5. d. M. schließlich folgende Meldung: Der Gesamtverkehr nach der Weichsel-Eisenbahn über Sosnowitz ist bis auf weiteres eingestellt. Güter dahin werden nicht über Sosnowitz, bereits übernommene werden angehalten und be-

absendern zur Weichsel gestellt. Myslowitz erhielt starken Zug von russischen Flüchtlingen, die teilweise nach Preußen und Oesterreich weiterreisen.

Die zarische Regierung aber beleuert: in ganz Rußland herrscht völlige Ruhe. Eine Ruhe, die nur unterbrochen wird durch ein amtliches Telegramm, wonach der Finanzminister Witte eine Vorlage über die Einführung der Arbeiterversicherung vorbereitet. Auf dem Papier, das in Rußland noch gedulbiger ist als anderswo.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 6. Februar 1905.

Politische Rangierkunst.

Seit Jahren ist es das Bestreben der Junker gewesen, die Kanalfrage im preussischen Landtag nicht eher zur endgültigen Entscheidung kommen zu lassen, als bis die Entscheidung über die Handelsverträge gefallen sei. Auf der einen Seite wird der Brotwucher nach allen Regeln der Kunst beschleunigt, auf der andern Seite der Kanalbau nach allen Regeln der Kunst hintertrieben. Dort möglichst viel herauszuschlagen, da möglichst wenig und am liebsten gar nichts zuzugestehen, immer aber doch für den Zollhandel den Erpresser-Revolver der Kanalabstimmung in der Hand zu behalten: das haben die Junker bisher versucht und das ist ihnen bisher auch geglückt, so daß man — von politischen Erwägungen abgesehen — an dem Raffinement dieses politischen Gaukel- und Schaustückspiels beinahe künstlerisches Vergnügen empfinden könnte.

Jetzt aber wird die Sache kritisch. Handelsverträge und Kanaldebatten laufen auf den Gleisen des Reichstags und des Landtags genau in der gleichen Linie. Und darum gilt es für die Junker, mit aller Macht Dampf hinter die Handelspolitik zu machen und ihr in ihrer Entwicklung jenen Vorprung zu sichern, der für das Gelingen der junkerlichen Doppeltaktik notwendig ist.

Noch am Freitag, im Seniorenkonzert des Reichstags, hieß es, die Handelsverträge sollten am Donnerstag zur Verhandlung kommen und einer Kommission überwiesen werden. Plötzlich aber heißt es: Rechtsum kehrt! Die Handelsverträge kommen schon am Dienstag dran, und Kommissionsberatung gibt es nicht. Noch ehe das umfangreiche Werk auch nur einigermaßen zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangen konnte — was bisher in die Presse drang, konnten bloß Umrisse sein —, noch ehe irgend ein Abgeordneter überhaupt die physische Möglichkeit gefunden hat, die einzelnen Bestimmungen der Verträge auch nur einmal durchzulesen, soll im Handumdrehen die Sache erledigt werden. Die „Kreuzzeitung“ ist mit den Verträgen zufrieden — das genügt!

Auf der andern Seite aber wachsen im Landtag die Schwierigkeiten, die sich der Erledigung der Kanalvorlage in den Weg stellen. Durch die Verstümmelung des Werkes, durch seine Bepackung mit Schlepptrommel und reichsverschlingungsunwürdigen Schiffsabgaben ist es ohnehin für seine bisherigen Freunde unannehmbar geworden. Würde die Sozialdemokratie, die für die ursprüngliche Vorlage als für ein großes Kulturwerk immer lebhaft eintrat, im preussischen Abgeordnetenhaus sitzen, so würde sie jetzt gegen das „denaturierte“ Kanalwerk — das Wort stammt von der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“ — stimmen müssen. Wenn die Freisinnigen noch eine Spur von politischem Verstand besitzen, werden sie bei der Gesamtabstimmung in gleichem Sinne handeln müssen. Die Kanalfreundschaft eines Teils der Rechten entpuppt sich immer mehr als ein schlaues politisches Manöver; die Ausfühler selbst des schabigen Lorjos sind schlechter denn je.

Alles in allem: je mehr die konservative Partei im Volk den Boden verliert, desto härter entwickelt sich ihre politische Vorherrschchaft in den Parlamenten. Sie unterhält mit dem Zentrum Frieden und Freundschaft und hält das liberale Bürgerium vollkommen unter ihrer Fuchel. Deutschland hat nur zwei politisch befähigte Klassen: die Junker und die Arbeiter; was dazwischen liegt, zählt nicht. Zwischen der Adelsoligarchie und der proletarischen Demokratie steht die Entscheidung.

Kanal.

Im Abgeordnetenhaus wurde am Sonnabend die zweite Sitzung der Kanalvorlage fortgesetzt. Die allgemeine Debatte kam noch nicht zu Ende. Das Interesse, das den Rednern entgegengebracht wird, ist nicht sonderlich groß. Das Schicksal der Vorlage ist ja besiegelt. Sie wird angenommen. Abgesehen von der freisinnigen Volkspartei haben die Fraktionen sich entschieden. Die freisinnige Volkspartei will sich erst entscheiden, nachdem die Beschlüsse über die einzelnen Teile der Vorlage vorliegen und die Gestaltung des Ganzen zu übersehen ist. Formschicklich wird das Wort abgelehnt sein, aber die 25 Mann gehen nicht. Die Majorität wird, abgesehen von der freisinnigen Volkspartei, wohl 20 bis 30 Stimmen betragen, so lautet wenigstens das Ergebnis, das die bisherigen Berechnungen im Senat ergaben.

Für die freisinnige Vereinigung sprach sich Abg. Brömel für die Vorlage aus, für die Konservativen Abg. v. Kraus, für die Freikonserverativen Herr v. Jedlich Herr v. Pappenheim suchte seinen Antrag zu begründen, der die Einführung von Schiffabgaben vor Inbetriebsetzung des Kanals verlangt. Herr v. Pappenheim suchte auch nachzuweisen, daß die Beitragsführung des Kanals von Hannover bis Magdeburg an Wasserwegen scheitern müsse. Er sprach aber auch aus politischen Gründen mit Entschiedenheit: Bis Hannover und nicht weiter. Die Schiffabgaben spielten wieder die Hauptrolle in der Diskussion. Minister Lubbe gab abermals eine gewundene Erklärung ab. Eingehend wird ja die Frage am Montag im Reichstag verhandelt werden.

Englische Kriegsdrohung gegen Deutschland.

Vor wenigen Wochen hat, wie an dieser Stelle besprochen wurde, der Vizepräsident des deutschen Reichstags, Herr Pasche, die Welt mit der Sensation übertrajst, Deutschland und England hätten zur Zeit der Schlacht an der Doggerbank vor ernstlichen Konflikten gestanden. Herr

Pasche, der sich auf eine Unterredung mit dem Grafen Bülow berufen hatte, mußte ein amtliches Dementi einbringen.

Nun kommt von England ein wunderbarer Wiederhall jener Sensation: ein Herr Lee, der früher Militärattache bei der englischen Gesandtschaft in Washington war und jetzt ein höheres Amt im englischen Marineministerium bekleidet, hat eine Flottenvorlage der englischen Regierung mit einer Rede gegen Deutschland angekündigt.

England, so sagte der „Civil Lord“ der Admiralität, habe nicht mehr Frankreich und das Mittelmeer zu überwachen, sondern blide mit Unruhe, aber ohne Furcht nach der Nordsee. Wenn es zu einer Kriegserklärung kommen sollte, würde die englische Flotte den ersten Schlag führen, noch ehe man auf der andern Seite Zeit gehabt hätte, die Kriegserklärung in den Wäutern zu lesen. England werde seine alten Schiffe nicht mehr ausbessern, sondern nur noch bestmöglichste, größte, stärkste gepanzerte Schlachtschiffe bauen, die die größte Zerstörungskraft besitzen.

Was steckt hinter diesen englischen Drohungen? Die Sache muß gründlich klargestellt werden. Der deutsche Reichstag muß vom Grafen Bülow Aufklärung verlangen darüber, ob er etwa Rußland gegenüber Verpflichtungen irgend welcher Art eingegangen ist, die man in England als unfreundliche Abmachungen ansehen könnte? Ein Verdacht dieser Art muß in England bestehen. Ist er gänzlich ohne Hintergrund, so kann nur eine gründliche öffentliche Auseinandersetzung die bestehende Spannung beseitigen.

Einstweilen wird die Seeische Rede in England eifrig besprochen.

Die Londoner Sonntagszeitung „Sunday Special“ sagt, ihre Freunde hätten in allen politischen Klubs weit mehr Zustimmung als Widerspruch gegen die Seeische Rede hören können. Ein hervorragender, mit der Regierung eng liierter Parlamentarier habe erklärt, Deutschland sei schuld an der Demütigung, die England in dem Hull-Streitfall habe hinnehmen müssen. Die einzige Antwort, welche England auf die russische Herausforderung bei Hull hätte erteilen dürfen, sei die Vernichtung der russischen Flotte gewesen. Die drohende Haltung Deutschlands habe jedoch England daran gehindert.

Es muß dafür gesorgt werden, daß Bülow öffentlich sofort auf diese schwere Beschuldigung antwortet. Hat er wirklich über die Mörderflotte Roschdestwensky's die schützende Hand gehalten?

Liberaler Zarenwächter.

Die eine Kundgebung von elementarer Kraft hat am Freitag in München stattgefunden. Der von Angehörigen aller Parteien unterschriebene Aufruf zur Beteiligung an einer Demonstration gegen die Zaren des zarischen Despotie hatte mindestens 20 000 Menschen auf die Beine gebracht. Statt einer mußten zwei Versammlungen in riesigen Sälen abgehalten werden und trotzdem konnten mindestens 10 000 Menschen keinen Platz finden; sie mußten umstehen.

In beiden Sälen sprachen abwechselnd Bollmar, Sorge, Schewitsch, der als Hauptreferent eine glänzende Rede hielt, ferner Justizrat Dr. Bernstein, Landtagsabg. Genosse Ad. Müller und Professor Dr. Duidde. Gegen die Stimme eines Antisemitismus wurde eine Resolution angenommen, die flammenden Protest gegen die russischen Regierungen erhebt. Der Reichstag wird aufgefordert, von der Regierung zu verlangen, daß den russischen Freiheitskämpfern auf deutschem Boden ungehindertes Asylrecht gewährt werde. Von der bayerischen Regierung wird die sofortige Kündigung des bayerisch-russischen Auslieferungsvertrags gefordert. Die Bevölkerung aller übrigen deutschen Großstädte wird ersucht, ähnliche Kundgebungen zu veranstalten.

Eine erbärmliche Rolle spielt jetzt der Liberalismus. In seiner Presse werden die Professoren Lippis und Brentano förmlich denunziert, weil sie an der Teilnahme an der Versammlung verhindert, in Briefen ihre Zustimmung zu der Kundgebung erklärt hätten. Lippis ist den Hurra-Liberalen ja ohnehin seit Jahren verhaßt, weil er einmal in einer Versammlung erklärt hat, sein Glauben an der Unparteilichkeit der deutschen Richter sei schwandend geworden. Was aber die liberale Presse besonders wütend macht, das ist die mit demonstrativem Beifall aufgenommene Rede unseres Genossen Ad. Müller, der beschuldigt wird, er habe eine parteipolitische Agitationsrede gehalten. Müller bemerkte natürlich u. a., vor einigen Tagen habe eine sozialdemokratische Kundgebung für die streikenden Ruhrbergleute stattgefunden. Auf seine Veranstaltung sei die dort vorgeschlagene Resolution erweiter worden durch eine Sympathieerklärung für die russischen Freiheitskämpfer, und deswegen habe ihn (den Redner) ein liberales Blatt als Verbrecher bezeichnet! (Stürmische Entrüstung.)

Diese Feststellung hat nun die liberale Presse ganz aus dem Häuschen gebracht. Sie redet davon, die bürgerlichen Parteien hätten sich wieder einmal von den schlaunen Sozialdemokraten überlistet lassen, was gewiß nicht wieder geschehen werde. Auch Schewitsch wird beschuldigt, er habe nur Propaganda für den internationalen Sozialismus getrieben. Man bezeichnet die Kundgebung als unverantwortliches Treiben und macht sich über die Forderung der Kündigung des Auslieferungsvertrags lustig. Ganz unberührt kommt der Verrger zum Vorschein, daß nur die Sozialdemokratie von der ganzen Geschichte den Vorteil haben wird. Die liberalen Feldjenseelen ahnen eben nicht, daß gerade ihre eigene Erbarmlichkeit am allerwirksamsten für uns agitiert.

Aus der Parteibewegung.

Für den Staatsanwalt nichts erwiesen. Unser Genosse Redakteur Robert Fette vom „Volksblatt“ in Halle, der gegenwärtig 6 Monate Gefängnis wegen Preßergehens verbüßt, stand wiederum vor der Strafkammer, um sich wegen eines im September vorigen Jahres veröffentlichten Artikels zu verantworten. Der Sachverhalt war folgender: Gelegentlich eines Kriegervereinstreffes in Cönnern bemerkten mehrere Frauen am Abend des 4. September, wie das 63 jährige Kriegervereinsmitglied Straube das 21 jährige geisteskranke Mädchen Minna Kollé erst an eine Fuderbude, dann in eine dunkle Kammer führte und dort mit dem Mädchen unzüchtige Handlungen vornahm. Man nahm an, Straube habe von der Geisteskrankheit des Mädchens Kenntnis gehabt, und glaubte, es liege ein Verbrechen nach § 176 Abs. 2 des Strafgesetzbuchs vor. Da der Bürgermeister Schmidt von Cönnern das Einschreiten gegen Straube mit dem Hinweis, daß Kollé sei 21 Jahre alt und habe nicht einmal Hilfe geschrien, ablehnte, wurde die Sache im „Volksblatt“ aufgeführt. In dem Artikel wurde gesagt, Herr Schmidt hätte nicht seine Pflicht getan. Nunmehr leitete der Staatsanwalt ein Ermittlungsverfahren gegen Straube ein, das aber bald wieder eingestellt wurde, da dem Straube nichts Strafbares nachgewiesen werden konnte. Ob Straube moralisch gehandelt habe, sei eine zweite Frage, meinte der Staatsanwalt. Darauf sah sich Straube noch beleidigt und stellte Strafantrag. Der Staatsanwalt wies Straube auf den Privatweg, sagte aber im Interesse des Bürgermeisters und beantragte wegen Beleidigung dieses Herrn gegen unsern Genossen 6 Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Versteig-Berlin beantragte Freisprechung. Das Urteil lautete auf 3 Monate Gefängnis.

Der Klassenkampf im Ruhrgebiet. Unter diesem Titel erschein in einigen Tagen im Verlage der Buchhandlung Vorwärts eine

Deutscher Reichstag.

(193. Sitzung.)

Berlin, 4. Februar, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Antrags Graf Kompech (Str.) und Genossen betr. Garantie der vollen Freiheit des religiösen Bekenntnisses für jeden deutschen Reichsbürger (Toleranzantrag).

Abg. Dr. Bachem (Str.): Der vorliegende Gesetzentwurf ist nicht neu; er ist seinerzeit mit großer Mehrheit vom Hause angenommen worden; der Kompetenzstreit des Reichstags und fast einstimmige Zurückweisung. Nebenher liegt über die Leere der Bundesrats-Strade und kritisiert die Hindernisse, die dem katholischen Kultus in Mecklenburg in den Weg gelegt werden.

Der Staat darf heute nicht mehr das Recht in Anspruch nehmen, ein bestimmtes religiöses Bekenntnis mit seinen Machtmitteln zu unterstützen. Er soll sich überhaupt des Eingriffs in das Glaubensleben der Staatsangehörigen enthalten. Wir verlangen für die katholische Kirche nur den Schutz, den die andern Religionsgemeinschaften genießen. Nur eine völlige Gleichheit in der Freiheit kann zum religiösen Frieden führen.

Abg. Dr. Sattler (nafl.): Vor zehn Jahren — ich glaube wenigstens, es war vor zehn Jahren — hat sich im preussischen Abgeordnetenhaus Herr Dr. Bachem — ja, ich glaube wenigstens, es war Dr. Bachem (Heiterkeit) — also damals hat sich Dr. Bachem — soviel ich sehe, ist er noch im Saale (große Heiterkeit) — ganz anders ausgesprochen. Auch wir verlangen, daß katholische Minoritäten die gleichen staatsbürgerlichen Rechte genießen; wir verlangen aber auch, daß andersgläubige Minderheiten, wie z. B. die Altkatholiken in Bayern, nicht von katholischen Mehrheiten unterdrückt werden.

Aber die kirchlichen Einrichtungen." Er ist ein alter Bekannter, aber kein guter Bekannter. (Heiterkeit.) Im Interesse des konfessionellen Friedens sind wir gegen den Gesetzentwurf, der außerdem einen Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten darstellt (Weisfall b. d. Nafl.).

Abg. Dr. David (Soz.): Das Zentrum macht aus der Not eine Tugend; da es sich in der Minorität befindet, so verlangt es etwas, an dessen Verwirklichung die katholische Kirche, wo sie die Staatsmacht völlig in Händen hat, nicht denkt. Selbstredend mißbilligen wir alle Bedrückung der Ausübung des katholischen Kultus, da wir dem Staat prinzipiell jedes Recht, sich um Glaubenssachen zu bestimmen, absprechen. Wir werden wahrscheinlich trotz unresonanter entgegengegesetzter Standpunkte für den Antrag stimmen und uns in dieser Haltung auch nicht durch die ständigen Angriffe beirren lassen, die das Zentrum in Rede, Zeitung und Flugblättern gegen unsre angebliche Religionsfreiheit richtet.

Wilhelm Dieblich hat seinerzeit Erklärungen über diesen Punkt abgegeben, die an Deutlichkeit und Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig lassen: er hat nicht nur betont, daß Glauben und Denken frei, absolut frei sein müssen, sondern er hat auch erklärt, daß kein Sozialdemokrat seinen Mitmenschen wegen seiner religiösen Überzeugung verhöhen dürfe. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Verlogenheit der Flugblätter des katholischen Volksvereins, die den Sozialdemokraten den Wunsch nach kirchenfeindlichen Gesetzen unterbreiten, wird am besten an dem Dank erweisen, den der verstorbene Zentrumsführer Dr. Lieber den Sozialdemokraten dafür abstattete, daß sie stets für Aufhebung des Jesuitengeetzes gestimmt haben, obwohl die Rückkehr der Jesuiten als Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie empfohlen wurde. (Hört, hört! b. d. Soz.) — Der frühere Toleranzantrag des Zentrums ließ die Schulangelegenheiten beiseite. Der § 4 dieses Entwurfs verleiht in keiner Weise den Eltern die Freiheit, ihren Kindern den Religionsunterricht in der von ihnen erwünschten Weise erteilen zu lassen, insbesondere, was die Dissidenten betrifft. (Sehr richtig! links.) Der Grundgedanke des Antrags führt konsequenterweise zur paritätischen Schule; aber gerade diese will das Zentrum nicht. Wir legen da eine bischöflich approbierte Flugblätter vor, die dem Staate unumwunden das Recht abspriecht, dafür zu sorgen, daß die Kinder ein gewisses Maß von Kenntnissen erwerben. Es ist da von der unerhörten langen Dauer von acht Schuljahren" die Rede. (Hört, hört! links.) Neben andern Lebenswürdigkeiten wird dem Staate "organisierter Kinderraub" vorgeworfen; die Eltern werden geradezu zur Gehorsamsverweigerung gegenüber der staatlichen Volksschule aufgefordert. (Hört, hört! links.)

Die reinliche Scheidung von Kirche und Staat liegt sowohl im Interesse des Staates wie der Kirche. Die heutige Verquickung von Staat und Kirche verdirbt das Christentum von Grund auf, verleiht ihm eine gewisse, seinem inneren Wesen widerstrebende militäristische Färbung. Und doch beweisen die Vorgänge im ostasiatischen Kriege, daß gute Soldaten nicht Christen zu sein brauchen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Hat doch General Rogi sogar den Orden pour le mérite bekommen! (Heiterkeit bei den Soz.) Und dabei hatten es die Japaner mit ganz besonders gläubigen Christen als Gegner zu tun, mit den Russen, die mit Amuletten und Heiligenbildern wohl ausgerüstet waren. (Heiterkeit links.) Und die russische Kirche mit ihrer Sanktionierung des Massenmordes zeigt, wie tief die staatliche Verquickung eine Kirche korumpiert. Ich hoffe, ein gewisses Verständnis für meine Auffassung in Zentrumskreisen zu finden: 1871 erklärte Windthorst, die kirchliche Entwicklung in Deutschland bringe auf eine Trennung von Staat und Kirche nach amerikanischem Muster. (Hört, hört! links.) Im Prinzip vermischt das Zentrum die Staatshoheit: in praxi öffnet der Antrag der Staatshoheit wieder Thür und Tor, indem er vom § 9 ab von anerkannten Religionsgemeinschaften spricht. Wer aber erkennt die Religionsgemeinschaften an? Doch nur der Staat! Wenn wir ihnen (zum Zentrum) einen guten Rat geben dürfen, so ziehen Sie den zweiten Teil Ihres Antrags ganz aus der Diskussion.

Seine Toleranz hat das Zentrum bewiesen, als es bei Gelegenheit der verlassenen Umfurlvorlage die öffentliche Leugnung des Daseins Gottes oder der Unsterblichkeit der Seele mit Gefängnis bestrafen wollte. (Hört, hört! links.) Im katholischen Arbeiter-Katechismus wird verlangt, daß der Staat die Verbreitung atheistischer Grundsätze bestrafe. Sie, Herr Dr. Bachem, proklamieren die dogmatische Intoleranz als Recht Ihrer Kirche, und die orthodoxen Protestanten,

Juden, Mohammedaner nehmen dasselbe Recht in Anspruch, sind intolerant, wo sie die Macht haben. (Hört, hört! links.) (Weisfall b. d. Nafl.) Die katholische Kirche erklärt ihre subjektiven Anschauungen für objektive Wahrheiten, deren Ursprung aus höheren Erkenntnisquellen sie behauptet. An sich bedeutet das noch keine Intoleranz; diese aber wird dadurch erzeugt, daß feste Gefühlsregungen hinzutreten, die den Kindern anerzogen werden. Die Lehre, daß alle verdonnert sind, die nicht dem Glauben der Kirche teilen, muß zur Intoleranz führen. Diese Quelle des Fanatismus fließt noch immer; sie tritt bei der geringsten Veranlassung in Beschimpfungen und Mißhandlungen der Andersgläubigen zutage. Was wollen demgegenüber Toleranzanträge belagen? Auch wir fordern Toleranz für die Anhänger aller religiösen Bekenntnisse; wir fordern sie aber auch für die, die ihre Denkart zur Leugnung Gottes und der zum Teil aus der kindlichen Phantasie des Judentums stammenden traditionellen "Wahrheiten" der Kirche zwingt. Ich glaube, daß heute die edelsten Geister der Nation auf dem Standpunkt stehen, den der große Dichter, dessen Andenken wir in wenigen Monaten feiern werden, den Friedrich Schiller in die Verse niederte:

Welche Religion ich bekenne? Keine von allen. Die du mir nennst. Und warum keine? Aus Religion. Wir sind der festen Überzeugung, daß diese Auffassung im Laufe der Entwicklung die allgemeine werden wird. Und dieser höheren Toleranz... es nur dienen, wenn die äußerlichen Schranken der Kultusausbübung beseitigt werden. In diesem Sinne werden wir für den vorliegenden Antrag in seinen wesentlichsten Teilen stimmen. (Weisfall b. d. Soz.)

Abg. Hennig (Konf.): Meine Fraktion ist mit wenigen Ausnahmen für den Antrag. Ganz Sympathien können wir die Intoleranz nur, wenn wir die Religion ganz beseitigen (Sehr richtig! rechts), denn je religiöser jemand ist, desto mehr neigt er zur Intoleranz. Ich wünsche eine Zeit herbei, in der die beiden Konfessionen in Werken der Nächstenliebe und des praktischen Christentums miteinander wetteifern. Zugabe ist, daß die Lage der katholischen Kirche in einigen Bundesstaaten unheilbar ist. Der zweite Teil des Zentrumsantrags enthält eine schon vom Vorredner gerügte Inkongruenz. Es ist nicht zu wünschen; daß der ganze konfessionelle Gegensatz hier im Reichstag aufgerollt wird, indem es doch schon jetzt nicht an Konfliktpunkten fehlt. Wir können daher einer Kommissionsberatung nicht das Wort reden und hätten gewünscht, daß das Zentrum seinen Antrag auf Toleranz beschränkt und nur die Aufhebung allgemein gerügter Mißstände gefordert hätte, dann hätte für alle Parteien von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken auf diesen Antrag vereinigen können. (Weisfall rechts.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (Freis. Sp.): Wir kehren dem ersten Teil des Antrags sympathisch gegenüber, zumal das Zentrum die Forderung auf Befreiung der Dissidenten von Zwangsteilnahme der Religionsübung der anerkannten Gemeinschaften in seinen vorliegenden Antrag aufgenommen hat. Dagegen können wir den zweiten Teil des Antrags nicht annehmen, weil er ein Ausnahmerecht für die "anerkannten" Religionsgemeinschaften begründet. Eine Kommissionsberatung halten wir für überflüssig. (Weisfall b. d. Freis.)

Abg. Dr. Stodmann (Sp): Wir lehnen diesen Antrag ab wie wir ihn vor vier Jahren abgelehnt haben. Die Erregung in den evangelischen Kreisen über die Aufhebung des § 2 des Jesuitengeetzes ist noch nicht geschwunden (Sehr richtig! rechts) und die Lage der katholischen Kirche in Deutschland rechtfertigt einen solchen Antrag durchaus nicht. An der Einweihung einer katholischen Kirche in Wismar haben sich die Spitzen der Behörden beteiligt und evangelische Gutsbesitzer haben große Summen dazu beigetragen. Wir wünschen durchaus ein erträgliches Verhältnis zwischen beiden Konfessionen, aber wir bestreiten die Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung auf kirchenrechtlichem Gebiet. Das Zentrum, das sonst eifersüchtig über die Rechte der Einzelstaaten wacht, will hier die Zuständigkeit des Reichs außerordentlich erweitern. In weiten evangelischen Kreisen wird der Toleranzantrag lediglich als Versuch angesehen, die Nachstellung der katholischen Kirche auf Umwegen zu erweitern. Ich hoffe, daß die Regierung an ihrer Erklärung vom 5. Dezember 1900 festhalten und die Wünsche der offiziellen Vertretungen der evangelischen Kirche etwas mehr respektieren wird, als es durch Aufhebung des § 2 des Jesuitengeetzes geschehen ist. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Stöcker (wildkonf.): Es wäre mein höchster Wunsch, wenn beide Kirchen vom Staate in keiner Weise mehr bestraft würden, aber dazu wäre eine große vorbereitende Arbeit in den Einzelstaaten notwendig. Eine Resolution, die die Einzelstaaten auffordert, in diesem

Sasubrina.

Von Maxim Gorki.

(Schluß.)

"Wird sie ihr ganzes Leben lang grün bleiben?" fragte der letzte Redner.

"Wird es überhaupt noch lang sein, dieses Leben?" versetzte ein großer, alter Sträfling, sich bei der Raße niederkauern; "sie wird in der Sonne trocken werden, ihr Pelz wird ganz zusammenkleben und sie wird krepieren. . . ."

Die Raße miaute herzzerreißend, was in der Stimmung der Gefangenen eine Art Reaktion hervorbrachte.

"Sie wird krepieren," wiederholte der Halbwüchsige.

"Wenn man sie abwaschen würde?"

Niemand antwortete. Der kleine grüne Ball rollte zu den Füßen dieser rauhen Männer herum. Es war jämmerlich, die Not des armen Tieres anzusehen.

"Uff! Ich bin wie gefotten!" rief Sasubrina und warf sich auf die Erde.

Niemand achtete mehr auf ihn.

Der Jüngling näherte sich dem Tier und nahm es in seine Hände, dann legte er es wieder auf das Gras und sagte: "Sie ist ganz heiß!" Hierauf wendete er sich zu seinen Genossen und sprach mit kläglichem Stimm:

"Arme Mißka! Wir werden keine Mißka mehr haben! Warum haben wir das Tierchen umgebracht?"

"Vielleicht erholt sie sich wieder?" sagte der rote Bursche.

Die Raße, eine kleine, grüne, unförmliche Masse, schleppte sich fortwährend im Grase dahin, zwanzig Augenpaare folgten jeder ihrer Bewegungen, aber auf keinem dieser Gesichter zeigte sich der Schatten eines Lächelns. Alle verharrten im Schweigen, mit grämlichen und jämmerlichen Mienen wie die Raße; es war, als ob diese ihre Angst auch auf sie übertragen hätte und als ob jeder von ihnen die nämlichen Schmerzen litte wie das armfelige Tier.

"Vielleicht erholt sie sich wieder," sagte der Halbwüchsige mit erhobener Stimme. "Da haben wir's nun! . . . Wir haben unsere Mißka gehabt und wir alle haben sie ge-

liebt. . . . Warum quält man sie so? Man sollte sie töten!"

"Wer hat das gemacht?" rief wütend der Sträfling mit dem roten Bart. "Er ist's, der Hanswurst, der Quälgeist!"

"Aber ich hab's nicht allein getan, wir waren alle einverstanden," erwiderte Sasubrina in gewinnendem Ton.

"Me?" rief der Halbwüchsige jurid. "Nicht wahr! Deine Schuld ist's ganz allein! Ja, ja, Deine ganz allein!"

"Es ist nicht der Mühe wert, deswegen so zu brüllen, Du Kalb!" antwortete ihm Sasubrina ruhig.

Der alte Sträfling nahm das arme Tier in seine Hände, betrachtete es aufmerksam und gab folgenden Rat:

"Wenn man es in Petroleum baden würde, würde die Farbe weggehen."

"Meiner Meinung nach muß man sie beim Schwanz nehmen und über die Mauer werfen!" sagte Sasubrina; und schalkhaft fügte er hinzu: "das wäre das einfachste!"

"Wie?" rief der Rothbartige. "Und wenn ich Dir das fäte? Was würdest Du dazu sagen?"

"Teufel!" sagte der Halbwüchsige, indem er dem Alten die Raße aus der Hand riß; er verschwand, ich weiß nicht wohin, gefolgt von einigen Männern.

Sasubrina stand allein, umringt von Senten, die ihn mit grämlichen und bösarigen Blicken betrachteten; man schien etwas von ihm zu erwarten.

"Aber ich hab's nicht allein getan, Brüderchen!" begann Sasubrina mit kläglichem Miene.

"Schweig!" schrie der Mann mit dem Rothbart, indem er den Hof mit einem Blick überschaute. "Du bist's nicht allein gewesen? Wer war denn bei Dir?"

"Aber doch Ihr alle!" antwortete mit Überzeugung der unheilvolle Spasmacher.

"Sund!"

Und der Rothbart versetzte ihm einen heftigen Schlag ins Gesicht; der Hanswurst wich einen Schritt zurück; ein anderer Genosse schlug ihn mit der Faust ins Genick.

"Brüderchen!" flehte Sasubrina angstvoll.

Aber die Brüderchen, die bemerkten hatten, daß der Wärt-

nicht in der Nähe war, näherten sich, drangen auf ihren G-Günstling ein und warfen ihn mit einigen Fußtritten zu Boden. Von fern konnte man diese Gruppe für eine w-nig belebte Versammlung halten. Von Zeit zu Zeit hörte man das dumpfe Geräusch der Schläge, die Sasubrina er-

g-lte: man schlug ihn langsam, ohne Gerechtigkeit, den geeigneten Moment auswartend, da der ich vor Schmerzern wie eine Schlange krümmende Mann einen Kör-... -entierete, der für einen Fußtritt geeignet war. Das dauerte drei Minuten. Plötzlich vernahm man die Stimme des Wärters:

"Sapperlot, habt Ihr noch nicht bald genug?"

Die Sträflinge machten der Tortur, der sie ihn unterworfen hatten, ein Ende, aber nicht sogleich.

Einer nach dem andern verließ Sasubrina, und jeder verabschiedete sich von ihm durch einen Fußtritt. Als sie sich zerstreut hatten, blieb der Gelähmte noch auf dem Boden ausgestreckt. Er lag auf dem Bauch und seine Schultern zitterten; wahrscheinlich weinte er. Dann fing er an zu spucken und zu husten, endlich erhob er sich vorsichtig, als ob er befürchte, in Staub zu zerfallen. Mit der linken Hand sich auf den Boden stützend, zog er das eine Bein an, und dabei heulte er wie ein wütender Hund; endlich setzte er sich.

"Sei kein Affe!" rief ihm der Rothbart zu.

Sasubrina machte noch einige Bewegungen, dann erhob er sich auf die Füße. Wankend wendete er sich gegen eine der Gefängnismauern; die eine Hand presste er auf die Brust, mit der andern stützte er sich an die Mauer; er blieb stehen und senkte den Kopf. Er hustete; ich sah, wie die Blutstropfen zur Erde fielen und sich rot von dem grauen Grund der Gefängnismauer abhoben.

Sasubrina gab sich Mühe, damit das Blut zur Erde fließe und kein Tropfen das Baumwerk beflecke.

Man machte sich lustig über ihn.

Gegen Ende des Tages verschwand die Raße. Sasubrina hatte keinen Nibalen mehr; er allein war noch da, um die Aufmerksamkeit rege zu erhalten, er allein, um die Gefängnisbewohner zu belustigen. —

Wenn zu wissen, hätte einen Sinn, eine gesegnete Aktion des Reiches aber, wie so hier gewünscht wird, hätte ich für ganz unerschöpflich. Die Annahme des Antrags würde die Nachzahlung der katholischen Kirche sehr vermindern, so würde den konfessionellen Kampf nur verschärfen. Noch ist die Zeit für den Antrag nicht gekommen, denn noch äußern sich der Papst und die Bischöfe der katholischen Kirche äußerst gegenwärtig und unbulblam über die Reformations Kurze, so entscheiden wir für volle Freiheit des religiösen Bekenntnisses und so wenig können wir in diesem Antrag einen Weg zu dem Ziele erblicken. (Bravo) recht! Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr (dritte Lesung des Nachtragsstatuts für die Subventionen und Interventionen des Reiches) über die Schiffsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen. Schluss 6 1/2 Uhr.

Der Bergherren „Recht“.

Stolz erklären die Kohlenbarone, deren Grubenflaven sich jetzt im Ausstand befinden, die Bergwerke seien ihr Eigentum, weshalb sie eine umfassende, ausschließende und unbedingte rechtliche Macht über diese ausüben könnten. Niemand habe ihnen etwas dreinzureden, wenn sie lieber die Kohlenförderung einstellten als die Forderungen der Arbeiter bewilligen, niemand dürfe sie daran hindern. Gruben stillzulegen und die darin aufgehäuften Schätze verderben zu lassen, denn die rechtliche Macht des Eigentümers findet nur eine Grenze: die durch das Gesetz festgelegte, und bisher habe die Gesetzgebung es unterlassen, den Grubenherren das Eigentum an ihren Bergwerken durch Vorschriften, die die in Frage stehenden Fälle treffen, zu beschränken. Daß dem so ist, kann nicht bestritten werden. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß die Kohlenbarone, vom Standpunkt des starren Eigentumsbegriffs der herrschenden Rechtsordnung ausgehend, zu ihrem gemeingefährlichen Tun „berechtigt“ sind. Mit dem unbedingten Eigentumsrecht der Bergherren an den Kohlenstätten hat es aber trotzdem seine besondere Bewandnis. Es lohnt sich, einmal klarzulegen, wie der Bergherren „Recht“ auf Aneignung der in der Erde lagernden Mineralien entsteht.

Der Bergbau ist alt, so alt wie unsere Kenntnis der Menschheitsgeschichte. Er wurde von den Ägyptern schon 3000 Jahre vor unserer Zeitrechnung betrieben und die alten Griechen bauten schon im grauen Altertum Gruben ab, die heute noch nicht erschöpft sind. Bei der Gestaltung der rechtlichen Verhältnisse des Bergbaues ist nun besonders eine Frage von großer Bedeutung: Wie stellt sich das Recht auf Aneignung der bergbaufähigen Mineralien zu dem Eigentumsrecht des Grundherrn? Sie bietet geringere Schwierigkeiten, da, wo Grund und Boden sich noch im Besitz der Allgemeinheit befinden und sie ist auch leicht zu lösen, wenn man, wie in England, mit der Schaffung des ungebundenen, freien Grundeigentums den Grundsat aufstellt, daß auch alle Substanzen des Bodens, bis in die „ewige Tiefe“, dem Grundeigentümer gehören. Aber beide Methoden der Verleihung des Bergwerkseigentums sind nicht immer und überall anwendbar. Als im Laufe der Entwicklung in Deutschland das Gemeineigentum der Markgenossen an der Allmende verschwand und der Grund und Boden Privateigentum wurde, mußte auch der Grundsat verlassen werden, daß die Mineralien rechtlich zugehörig zum Grundstück seien. Das entstehende Grundeigentum war gerade in den Gegenden Deutschlands, in denen vorzugsweise Bergbau betrieben wurde, zerstückelt, es befand sich in vielen Händen, und wenn man nur dem Eigentümer das Recht zum Bergbau gegeben hätte, wäre dieser in vielen Fällen unmöglich gewesen. Dieser Umstand und eine Reihe anderer Gründe, deren Aufzählung uns zu weit führen würde, bestimmte die Gestaltung des deutschen Bergrechts, das lange Zeit den Staat als Oberherrn betrachtete und ihm auch heute noch, in seiner modernsten Fassung, die Oberaufsicht über den Bergbau verleiht.

deutschen Recht wohnt die Neigung zur Ausbildung besonderer Rechtsordnungen für jeden Lebenskreis inne. Es spaltete sich in Sonderrechte für die verschiedenen Stände und Berufe und schuf so sehr früh ein besonderes Recht auch für den Bergwerksbetrieb. Anfänglich waren es Genossenschaften der Arbeiter, die den Bergbau betrieben. Aus diesen Arbeitern wurden aber im Laufe der Zeit Unternehmer. Die Genossenschaft, oder wie sie im Bergbau heißt, die „Gewerkschaft“ blieb bestehen, aber die einzelnen Gewerke sind nicht mehr Arbeiter, sondern Leute, die einen Anteil am Gewinn des Bergwerks haben, die aber auch verpflichtet sind, Zuzube zu leisten, wenn das Bergwerk mit Verlusten arbeitet. Man teilte das Bergvermögen in der Regel in 128 Teile. Jeder Gewerke besaß einen oder mehrere Teile und nach seinem Besitz wurde sein Anteil an Gewinn oder Verlust berechnet. Die Anteile nannte man Kuz, nach dem böhmischen Wort cucus, das soviel wie Anteil bedeutet. Die Kuz sind etwa unsern heutigen Aktien zu vergleichen. Sie wurden gehandelt, hatten ihren Marktwert, wurden aber wie die Forderungsrechte an Grundstücken, die Hypotheken, in ein Grundbuch eingetragen. Diese sonderbare Eigentumsverfassung hat sich bei vielen Bergwerken bis in die Gegenwart erhalten. Auch heute gibt es noch Bergwerke, deren Besitzer „Gewerken“ heißen, die ihren Anteil am Bergwerk nach Kuzen bemessen. Nur die Zahl der Kuzen ist größer geworden. Aus 128 gewöhnlich 1000. In der neueren Zeit ist diese Form gemeinsamen Besitzes aber immer bedeutungslos geworden, da die Aktiengesellschaften auch im Bergbau immer mehr das Feld eroberten.

Wie die Besitzer der Bergwerke sich eine eigenartige, wirtschaftliche Verfassung schufen, so entwickelte sich auch sehr früh ein Sonderrecht für die Bergarbeiter, die „Knappen“. Die Obrigkeit bestimmte deren Arbeitszeit, Lohn usw. und genossenschaftliche Gebilde, die bei Unfällen für die Hinterbliebenen, bei Invalidität für die Erwerbsunfähigen einzutreten hatten, entstanden. Sie wurden aus Beiträgen der „Gewerken“ und „Knappen“ erhalten und sind die Vorläufer der modernen Knappenschaftskassen geworden. Mit dem Berufsrecht entwickelte sich auch ein Berufsbündel bei den Bergleuten. Sie befanden sich in verhältnismäßig günstiger Position, waren gegen Krankheit und Invalidität geschützt und wurden systematisch von den übrigen Arbeitern fern gehalten. Erst die letzten Jahrzehnte riefen hier eine Wandlung hervor; die Bergleute haben ihre bevorzugte Stellung verloren und damit auch den Geist der Unnahbarkeit, der sie lange vom Anschluß an die moderne Arbeiterbewegung fern hielt. Heute sind sie eingereiht in die Schar der Klassenkämpfer und sowohl gewerkschaftlich als vielfach auch politisch Streiter für die Ideale der modernen Arbeiterbewegung.

Doch wir wollen der Bergherren und nicht der Bergknappen „Recht“ schildern. Reichsgesetzlich ist das Bergrecht nicht geregelt. Die Materie gehört vielmehr zu der langen „Verlustliste des nationalen Gedankens“, die den Einzelstaaten vorbehalten geblieben ist. Preußen schuf im Jahre 1865 sein Berggesetz, das eine geringfügige Aenderung im Jahre 1892 erfuhr; die übrigen Partikulargesetze stehen mehr oder minder unter dem Einfluß Preußens. Das preußische Berggesetz proklamiert die Bergfreiheit; d. h. die siebenzehn im Gesetz aufgeführten Erze, Salze und andre Mineralien dürfen von jedermann nach Erfüllung bestimmter Vorschriften bergmännisch gewonnen werden. Der Grundeigentümer hat kein Verfügungsrecht über die bergbauwürdigen Mineralien, wenn er nicht etwa selbst das Bergbaurecht erwirbt. Der Grundsat erleidet einige Ausnahmen: So gehören in einigen Teilen der Provinz Sachsen die Kohlen dem Grundeigentümer, in Pommern der Bernstein, während in Ost- und Westpreußen das Bernsteinregal herrscht, was besagen will, daß hier nur der Staat das Recht hat, Bernstein zu graben. Auch einige andre, minder wichtige Mineralien sind der Bergfreiheit nicht unterworfen und gehören also dem

Grundeigentümer. Aber diese Ausnahmen sind bedeutungslos.

Wenn jemand eine Berggerechtfame erwerben will, muß er nun drei Voraussetzungen erfüllen: die Entdeckung, die Nutzung und die Verleihung. Die Entdeckung ist zufällig oder die Folge von Suchen nach Mineralien. Dieses Suchen nennt man schürfen. Dazu ist jedermann berechtigt. Nur auf öffentlichen Plätzen, bei Kirchengrundstücken und Gebäuden ist das Schürfen verboten; der Eigentümer eines Grundstücks muß das Schürfen zulassen, wenn ihm eine Kaution gestellt wurde, die ihm die Sicherheit bietet, daß etwaiger Schaden vergütet wird. Hat nun jemand Mineralien in abbaufähiger Menge gefunden, dann muß er bei der Bergbehörde um die Genehmigung zur Errichtung eines Bergwerks nachsuchen. Nach einem alten, lehensrechtlichen Ausdruck bezeichnet man dieses Gesuch als Mutung. Auch der Eigentümer und sogar der preussische Fiskus muß diese Mutung in der vorgeschriebenen Form vornehmen. Die Bergbehörde prüft nun die Sachlage, hält einen Mutungstermin ab und gibt schließlich dem Finder das Recht, ein Bergwerk anzulegen. Das ist die Verleihung. Der Grundbesitzer darf niemand am Betrieb eines Bergwerks hindern. Soweit Anlagen über Tag nötig sind, muß der Grund und Boden vom Bergwerksunternehmer natürlich gekauft werden, wenn er ihn nicht schon besitzt; für Schäden, die es dem Grundeigentümer unmöglich machen, sein Land in der üblichen Weise auszunutzen, ist der Bergwerksinhaber ebenfalls ersatzpflichtig, dagegen braucht er keinerlei sonstige Abgaben an den Grundeigentümer zu entrichten. Diesem gehören die Schätze, die unter seinem Grund und Boden in der Tiefe lagern, überhaupt nicht. Nur der Staat erhält eine Bergwerksabgabe von 2 Prozent vom Rohertrag, sonst zahlt der Bergwerksinhaber nichts.

In England, den Vereinigten Staaten von Nordamerika und einigen andern Staaten darf nur der Grundeigentümer Bergbau betreiben. Die Bergbaugesellschaften müssen also entweder den Grund und Boden kaufen oder, was häufiger vorkommt, dem Eigentümer eine Rente dafür zahlen, daß er ihnen das Recht gibt, seine Mineralien zu fördern. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Auffassung, die dem preussischen Bergrecht zu Grunde liegt, sozial fortgeschrittener ist. Denn es beruht auf der Idee, daß die Schätze, die Mutter Natur ohne Zutun eines einzelnen in der Erde Schoß reifen ließ, auch nicht einem einzelnen, sondern der Gesamtheit gehören. Das preussische Berggesetz bleibt diesem Gedanken nur nicht treu. Es scheidet mit Recht den Grundeigentümer aus, überantwortet dafür aber die Ausbeutung der Mineralien andern Leuten, die bei ihrer Entstehung ebensowenig mitgewirkt haben, wie die Grundeigentümer. Was eine gute Mutung für ein kapitalistisches Konfessionium bedeutet, das sei an der Arenberger Bergbau-Aktiengesellschaft gezeigt. Die Gesellschaft hatte 1883 ein Aktienkapital von 3 000 000 Mark. Da die Aktien auf 130 standen, hatten dieselben einen Kurswert von 3 900 000 Mark. Seit 1883 haben die Aktionäre 803 Prozent Dividende erhalten. Entsprechend der Dividende stieg auch der Kurswert. Als dann aber Dividende und Kurs gar zu hoch wurden, verdoppelte man das Aktienkapital, das heißt man gab jedem Aktionär zu seiner Aktie eine neue, die er zum Preise des Nennwertes kaufen mußte. Die so vermehrten Aktien hatten 1903 noch einen Durchschnittswert von 786 Prozent. Die Besitzer der Aktien im Nennwert von 3 000 000 Mark oder des Kurswertes von 3 900 000 Mark haben von 1883 bis 1903, also in 21 Jahren, gewonnen 24 090 000 Mark Dividende und einen Kursgewinn von 37 260 000 Mark, also insgesamt 61 350 000 Mark. Andern Bergwerks-gesellschaften geht es ebenso. Der Staat schenkt einfach einzelnen Kapitalisten Millionen und abermals Millionen, wenn er ihnen neue Bergwerksgerchtfame verleiht.

Und dieselben Kapitalisten, denen der kapitalistische Klassenstaat ungemessene Millionen in den nimmerfalten

Will Gorki gerechtfertigt sein?

Eine Frau, die Japan-Äthiopierin in Genf, macht in der „Frankf. Zig.“ mit den folgenden einseitigen und tapferen Worten: Front gegen das liberale Gewinnsel. Das an anderer Stelle unseres Blattes vor einigen Tagen in meinen kleinen Notizen abgedruckt und beleuchtet wurde:

„Ist der Dichter des Luta (im „Nachschuß“), der seine Arme weit ausstreckt für alle trübendürftigen Lebewesen, der Mann, den in diesem für Rußland fürchterlichen Augenblicke der Gedanke an sein persönliches Geschick am meisten quält? Ist er ein unbedauerter Knabe, der sich eine von ihm weder vorausgesehene noch notwendige Gefahr gesüßelt hat? Können wir nicht vielmehr annehmen, daß er, auch er, von jener heiligen Ehrfurcht erfüllt worden ist, die getrieben nach Selbstopferung drückt, weil sie nur so ihren vollkommeneren Trieb und ihren künftigen großen Willen beiseite kann?“

Schwer ist es, im alten Europa sich hinein zu finden in jenen gehobenen Seelenzustand der Revolutionäre unter unruhigen Regimen, die für ihre getragenen gemieteten Brüder ein menschenwürdiges Dasein erringen wollen. Die Freiheit — das ist ihnen die Rose, die mit anzufließen kann, wenn sie mit Opferblut getränkt wird, und jeder von diesen weiß und fühlt, daß auch sein Blut verlangt werden kann, die Rose der neuen Freiheit zu tranken. In Tagen wie die heutigen wächst die Empfindung riesengroß, und schloßt aus dem Schwachen, vor Schmerz und Leid in Selbsterhaltungstriebe stürzenden Menschen einen menschlichen Lebensadler aller Schrecken, der unter dem Galgen seinen Henker anlächelt und dem Despoten mehr Macht einflößt als Bomben und Dolche. Tod, wo ist dein Stachel? Hölle, wo ist dein Sieg?“

So sprach Sophia Perowskaja, so sprach Bal-majew. Der Despoten Euphrosin hat den Henker, sich selbst den Stiel um den Hals legen zu dürfen, damit nicht seine, des Henkers Seele, mit einem wackigen Worte belästigt sei. So sprach in Adrianobel der Armeiter Seremjan am Galgen, in seinen letzten Worten laut verständig, daß von den Hochgerichteten nicht Tod, sondern neues Leben seinen Brüdern kommen werde. So sprach und sprach in Rußland und in der Türkei zahllose Hingegangene in den Gefängnissen, oft freiwilligen Hungertod, die letzte schmerzliche Stunde des Protestes; so sind an hundert 22 Januar in Petersburg Tausende von Arbeitern als Saat der Freiheit gefallen.

Wir dürfen sie schmerzen, nicht bedauern. Der Tod ist uns

allen gewiß; wer will uns einreden, daß der Streikmord im eignen Bett das würdigste Lebensziel sei? Bedauern wir vielmehr uns, daß wir so kumpf, so klein geworden sind, verglichen mit jenen Verkündern einer höheren Menschheit! Wieviel ist nötig, um uns aufzurütteln! Welche Grenen müssen wenige Schritte von unsern Landesgrenzen geschoben, welche geliebten und berechneten Häuser müssen erst mit dem Henkersbeil bedroht werden, ehe wir uns nur zu einer Anstrengung anfragen, um einen zu retten!

Ja, wenn wir alle retten könnten! Soll der eine Gerette auf einem Seidenselbe übrig bleiben? Sind die vierzehn Männer, zu deren Gorte der fünfzehnte war, untröstlicher weniger würdig, weil sie keine dichterischen Genies, aber ebenso ehrliebe, tapfere gemutsgewandte, blutbergende verabschneude Menschen sind, wie es der von uns geliebte Dichter des „Fallen“ ist?

Und wenn diese fünfzehn gerettet werden vor Tod und Verbannung, warum nur diese fünfzehn? Was für eine Archematist der Menschenliebe haben wir? O, ich sage — macht auch ihr weit, weit eure Arme aus, ihr deutschen Dichter und Schriftsteller und Männer des öffentlichen Lebens, und wenn ihr bitten könnt, und wenn eure Bitten gehört werden, dann bittet für alle! für alle!

Nein, bittet nicht! Fordert! Es ist endlich Zeit, zu fordern. Fordert im Namen der Freiheit, der wir alle dienen, und die jenen Märtyrern teuer war als ihr Leben! Fordert von den Herrschern die Herrschaft der Menschlichkeit für alle Völker, ohne Ausnahme. Laßt nicht ab, zu fordern; helft den Freiheitskämpfern, ihre Ideen zu verwirklichen, ohne Rücksicht auf Landes-, auf Sprachengrenzen. Die ganze Menschheit soll es sein! So lange ein Glied krank ist, sind wir alle krank.

Wir fühlen es ja, dies unglückliche Rußland macht ganz Europa unglücklich. Fordern wir die Freiheit für Rußland, für die Menschheit, damit wir nicht wieder in die traurige Lage kommen, von einem Tyrannen das Geschick eines einzigen Lebendigen auf Tausende von Gemordeten erbiten zu müssen.“

Wenn die Frau, die so schreibt, unsre deutschen Liberalen kennen würde, würde sie, daß ihre Worte in den Wind gesprochen sind. Unse Liberalen fordern nicht, im günstigsten Falle betiteln sie. Unse Liberalen tragen nicht, im günstigsten Falle würdigen sie. Unse Liberalen kämpfen nicht, im günstigsten Falle bitten und flehen sie.

Will die Japan-Äthiopierin ein Echo für ihre Worte, ein volles Verständnis für ihre Gedanken finden, so muß sie zur Klassenbewußten deutschen Arbeiterklasse kommen! —

Parische Verschwendung.

Durch die bürgerliche Presse läuft folgende Notiz: Keine andre europäische Hofhaltung kann sich an Luxus mit der russischen messen. Dies gilt insbesondere in bezug auf die kaiserliche Tafel, die jahraus, jahrein kolossale Summen verschlingt. Die Küche ist am russischen Hofe eine durchaus französische, und mehr als ein Pariser Restaurateur hat, als Leibkoch nach Petersburg berufen, dort sein Glück gemacht, ist zum feineren Manne geworden, so zuletzt der berühmte Cubat, eine Größe im Reiche der Gastronomie, dessen Namen auch das höchste, ganz in Pariser Art eingerichtete Petersburger Restaurant trägt. Der äußere Apparat der russischen Hofküche ist ein ungeheurer. Sie untersteht natürlich, wie überall, dem Hofmarschall, zurzeit also dem Grafen Paul Wenzendorf. Über ihre eigentliche Leitung liegt in den Händen des sogenannten „Kammerkuchens“. Dieser, ein früherer Koch, ist eine gar wichtige Persönlichkeit, bezieht Oberstenrang, trägt Uniformfrack, Dreimaster und Degen, hat die Brust mit Sternen und Kreuzen bedeckt und mußte früher auch noch einen besonderen Kreuzer leisten. Das Personal besteht zunächst aus der „Kanglei“, in der 12 Sekretäre beschäftigt sind und der 4 Wigfuriere, 24 Oberkafanten, 34 Lakaien, 18 Unterkafanten, dazu 54 Lakai-Gehilfen untergeordnet sind. An der Spitze der Küche selbst wirken zwei „Chefs“, beide Franzosen, deren Gehälter denen eines preussischen Ministers kaum nachstehen. Sie werden durch 4 Unterkhefs, 38 Köche, 20 Lehrkuchen und 32 Küchenjungen unterstützt. Eine Abteilung für sich ist die Pastetenbäckerei, deren Oberhaupt gleichfalls ein Pariser ist; zwei „Oberbäcker“, zwei „Oberbrotbäcker“ und 20 Gehilfen bilden seinen Stab. Dabei ist Zar Nikolaus 2. für seine Person ein Freund ausgeprochen einfacher Speisen, und er hat eine Vorliebe für einige russische Nationalgerichte, wie namentlich den Borst und die Schichtsuppe. Aber auch diese werden für ihn sozusagen durch höhere pariserische Kultur verfeinert hergerichtet. Als Wein wird an der Hofstafel fast nur französischer Champagner und Bordeaux getrunken, dem die Erzeugnisse der kaiserlichen Nebenbisher nur eine geringe Konkurrenz zu bereiten vermocht haben. Fabelhaft aber ist der Aufwand, der mit Delikatessen getrieben wird. Zu jeder Jahreszeit kommt das prächtigste Obst auf den Tisch des Kaisers. Die ausgereichtesten Früchte der ersten französischen Züchtereien wandern direkt nach Petersburg, und es ist nichts Außergewöhnliches, daß im Frühjahr einzelne Stüde, besonders Pfirsiche, mit 50 Mark bezahlt werden. Pariser Feinschmecker behagen sich unendlich, man bekomme keine tadellosen Kalbille-Kügel

Machen wirft, sind damit nicht zufrieden. Ihnen genügt nicht die Verfertigung von Millionenwerten, die von Reich wegen der Allgemeinheit gehören, sie suchen auch noch nach der Gesundheit, dem Lebensglück von Hunderttausenden von Vergessenen, denen man es als Verbrechen anrechnet, daß sie Anspruch erheben auf einen kleinen Teil des in harter Fron erzeugten Goldstroms, der ständig in die Taschen der Kapitalisten fließt.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtstundentag für städtische Arbeiter. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion, die im städtischen Kollegium zu Offenbach die Mehrheit vertritt, beantragte nach dem „Offenbacher Abendblatt“, daß die Arbeitszeit der städtischen Arbeiter vom 1. April 1905 nicht länger als 9 Stunden, vom 1. April 1906 nicht länger als 8 Stunden betragen soll.

Zu Gegendiensten gern bereit. Die Tischlermeister in Osnabrück versenden folgendes Zirkular:

Osnabrück, den 20. Januar 1905.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Mit Gegenwärtigem überreichen wir Ihnen die Listen der in Osnabrück im Streit befindlichen Tischlergesellen. Wir bitten Sie nun höflichst, diese Listen unter den Berufskollegen und sonstigen Unternehmern, welche Tischlergesellen beschäftigen, möglichst verbreiten resp. bekannt geben zu wollen, damit diese streikenden Gesellen nicht in Arbeit genommen werden. Falls dieses bereits geschehen sein sollte, bitten wir dieselben so bald als möglich wieder entlassen zu wollen.

Sollten ev. einige Namen in unsern Listen fehlen, so wäre es wohl angebracht, Leute, welche nach dem 1. Oktober 1904 noch in Osnabrück gearbeitet haben, auf keinen Fall einzustellen. — Für Ihre Bemühungen sprechen wir Ihnen im voraus unsern besten Dank aus und zeichnen, zu Gegendiensten stets gern bereit.

Mit kollegialen Grüßen

Der Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes der deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen, Ortsverwaltung Osnabrück, J. A.: Wippermann, Vorsitzender.

Den Gesellen gegenüber, welche durch den von ihren Händen geschaffenen Mehrwert die Existenz der Herren Meister ermöglichen, sind die Herrschaften nicht so rasch zum Dank bereit und zu Gegendiensten in Form anständiger Bezahlung erbötig. Von diesen Gesellen werfen sie durch die dem Zirkular angeschlossene schwarze Liste einfach 125 Mann auf die Straße. Und niemand schreit wegen dieses Terrorismus nach einem Zuchthausgeheiß!

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Die Kellner, Köche etc. in Solingen gründeten Freitag eine Trutz-Organisation zwecks Eintritt in eine Lohnbewegung. — Die Fischereiarbeiter in Lübeck kämpfen gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit durch die Fisch-Industriellen. Der Reichstanzler ist bereits zum Einschreiten gegen letztere angerufen worden. Natürlich vergeblich. 90 Prozent der Arbeiter sind weislich. — Die Textilarbeiter in Haan a. R. haben das Attentat auf den Verband abgelehnt, sie arbeiten wieder. In Neudorf bei Mannheim streiken Heimwerkerinnen wegen Lohnverdüsterungen. — Die Drahtschneider in Krefeld sind leider unterlegen. Sie mußten, weil schlecht organisiert, eine Lohnkürzung bis 17 Proz. mit in den Kauf nehmen. In Berlin droht ein neuer Streik. Die Fuhrherren lehnen jede Fortdauer der Kutscher ab. — Die Klempner in Schleswig sind in die Lohnbewegung eingetreten. Verhandlungen fanden Freitag bereits statt.

Provinz und Umgegend.

Dr. Osterleben, 6. Februar. (Öffentliche Volksversammlung.) Am Freitag fand im Strumpfischen Lokale eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher der Bergarbeiter Lufschnat über die Ursachen des Streiks im Ruhrrevier referierte. Der Vortragende schilderte eingangs den Bergmannsberuf, die ständige Gefahr, in der sich der Bergmann tief unter der Erdrinde, gänzlich abgeschnitten von der Außenwelt, befindet, und ging dann auf die Gesundheitschädlichkeit des Berufes ein. Dann beleuchtete er das rigorose Verhalten der Bergwerksbesitzer gegenüber den Arbeitern und

mehr, da die besten Exemplare überhaupt nicht auf den Markt, sondern direkt nach Rußland verschickt werden.

Wem fällt dabei nicht allerlei ein, meint sogar die freisinnige „Berliner Z.“. In dem Augenblick, wo am Horizont des Westens witterndes die Wolken der Revolution aufleuchten, wenden sich unsere Erinnerungen ganz naturgemäß der Sozialpolitik der Französischen Könige kurz vor Ausbruch der großen Revolution zu; naturgemäß darum, weil in Petersburg bis auf den heutigen Tag das Paris und das Versailles des absolutistischen Bourbonnentums als unerreichbare Muster höfischen Glanzes bewundert und nachgeahmt werden. Darum, zum Vergleich für den Chronisten des Zarenhofes, ein paar Zahlen:

Dem König Ludwig 15. wurden für Limonade und Mandelmilch jährlich über 2000 Frank angerechnet. Für die Fleischbrühe, die man der zweijährigen Dauphine manchmal gab, stellte man weit über 5000 Frank während eines Jahres ein. Am Ende der Regierung Ludwigs 15. berechneten die Kammerfrauen der kleinen Dauphine, daß sie für diese brauchen: wöchentlich 4 Paar Schuhe, täglich 3 Ellen Wand für den Friseurmantel, täglich 2 Ellen Tafel zur Bedeckung des Handtuchstüchchens; Summa: 2000 Frank wöchentlich. Der Königin wurde eingerechnet, sie esse jährlich für 30 000 Frank Nüsse, für 70 000 Frank Fleisch und Wildpret und verwöhne für 60 000 Frank Katzen. Die Prinzessinnen von Frankreich gaben 215 000, die Königin 157 000 Frank für Beleuchtung aus. Manche Jahre zahlte der König für Kaffee, Limonade, Schokolade, Mandelmilch und Eiswasser 200 000 Frank. Man hat berechnet (Zaine), daß die Kaffe Kaffee und das Brotchen, das die Kammerfrauen zum Frühstück erhielten, per Kopf und Jahr auf 2000 Frank zu stehen kam. Natürlich mußten in so beherrschten Haushaltungen die Dienerinnen auf ihr Geld warten, oft so lange, daß sie sogar nicht mehr liefern wollten. Am französischen Hofe sah man sich schließlich genötigt, ihnen 5 vom Hundert Zinsen zu zahlen. Trotz aller Sparprinzipien Turgot's schuldet der König 1778 seinem Weinhändler 500 000, seinem Wildpret-Händler gar 3 500 000 Frank!

Zuletzt nur noch Gebuld für einen niedlichen Vorgang, der vielleicht nicht nur der Geschichte angehört: Einmal Tages fragte Ludwig 15. den Herzog von Choiseul, was nach seiner Meinung der Wagen, in dem beide saßen, gekostet habe. Der Herzog meinte, er wüßte sich den Wagen für 5- bis 6000 Frank beschaffen; der König werde jedoch als König, und weil er nicht immer bar zahle, 8000 geben müssen. „Geseht!“, antwortete der König, „dieser Wagen kommt mich auf 30 000 Frank zu stehen. In meinem Saushalt wird es norm gelehrt, aber ich kann nichts dagegen tun.“ Gleichwie Ludwig von Frankreich, kann auch Nikolaus von Rußland zwar nicht das Stehlen seiner Beamten verhindern, wohl aber auf das wehrlose Volk schiessen lassen. Und gleichwie für den französischen, so schlägt auch für den russischen Absolutismus die letzte Stunde.

schlechte die ungenutzten Kräfte des Volkes, die die Unterstützung der Regierung auf dem Höhepunkt haben. So ist eine Notwendigkeit, daß die gesamten Kräfte der Bevölkerung durch den Staat in einem gewissen Maße zu einem Zweck zu führen. In der Dittschel'schen „Wirtschaftlichen Monatshefte“ sind die letzten für Freiheit und Wohlstand kühnen Resolutionen. Zwei Resolutionen, in denen die Verfassung für die Solidaritätsgesetz für die Bergarbeiter und die russischen Freiheitskämpfer beschlossen, gelangen einstimmig zur Annahme. Der Vorsitzende, Genosse Dahn, macht dann noch aufmerksam auf die Gründe über einen Fall von Plebiszitenhandlung. Nach einem kräftigen Schlusswort, in dem der Vorsitzende zum Abonnement auf die „Vollstimmte“ und zum Beitritt in den Sozialdemokratischen Verein auffordert, wurde die Veranstaltung mit einem begeisterten Hoch auf den Sozialismus um 11 1/2 Uhr geschlossen.

Mischerleben, 6. Februar. (Stadtverordnetenversammlung.) In letzter Sitzung ist der ausgeschiedene Stadtverordnete Träger in die Schuldeputation gewählt worden, obgleich dieses nach den Ortsbestimmungen nicht zulässig war. Um genannten Herrn in dieser Eigenschaft aber zu belassen, wurde in heutiger Sitzung eine Aenderung dieser Ortsbestimmung vorgeschlagen und genehmigt. Ein Abänderungsantrag Mirowsky, die im Protokoll gemachte Bemerkung, nach welcher sich die beiden Stadtverordneten Greiner und Mirowsky, während das Kaiserhoch ausgebracht wurde, aus dem Saale entfernt hätten, als überflüssig zu streichen, findet keine Annahme. Zum vereidigten Protokollführer wird der Stadtschreiber Lesch wiedergewählt. Die Einzelhaushaltpläne werden genehmigt, darunter Höhere Mädchenschule 48 900 Mark, Hohene Mädchenschule 42 540 Mark, Knaben-Mittelschule 46 580 Mark, Volksschulen 218 000 Mark, Fortbildungsschule 11 920 Mark. — Für Neuanschaffung von 50 Stück Feuerwehrgläsern werden 262 Mark bewilligt. Dem Wunsch, die Blusen etwas wärmer als bisher auszustatten, wird nicht entsprochen. — Vor dem hohen Tore ist ein Kandelaber mit drei Laternen errichtet worden. Es wird beschlossen die drei Laternen bis 11 1/2 Uhr nachts brennen zu lassen, wodurch ein Kostenbetrag von 49,85 Mark entsteht. — Für Ausbesserungen von den Lehrern und Lehrerinnen an den städtischen Schulen (mit Ausnahme des Gymnasiums) werden folgende Entschädigungssätze festgelegt: an akademisch gebildete Lehrer 2 Mark pro Stunde, Rektoren und Oberlehrerinnen 1,50 Mark und Volksschullehrer 1 Mark. — Stadtv. Droschke richtet an den Magistrat die Anfrage, in welchem Stadium sich das beschlossene Projekt der städtischen Kanalisation befindet. Gleichzeitig fragt Fragesteller hinzu, daß eine Anzahl Straßen sich in Zuständen befinden, die einer Stadt nicht wünschenswert sind. Bezüglich der Kanalisation antwortet Oberbürgermeister Michaelis, daß die endgültige Genehmigung des Regierungspräsidenten noch ausstehe; sobald diese ausgesprochen sei, erfolge die Zusage. — In nächstfolgender Sitzung werden zur Ausarbeitung einer Chronik der Stadt Mischerleben durch Professor Dr. Straßburger 1500 Mark bewilligt. Dem Stadtmusikkorps wird eine Subvention von 1500 Mark überwiesen, wofür die bisherigen Promenadenkonzerte gratis zu geben und im Winter vier Volkskonzerte gegen geringes Eintrittsgeld zu veranstalten sind. Der Witwe des früheren Nachwärters wird eine jährliche Unterstützung von 120 Mark bewilligt. Für Poststandsarbeiten werden 3000 Mark bewilligt.

Derenburg, 4. Februar. (Von einem Meteoriten) weiß die „Halberstädter Zeitung“ folgendes zu berichten: Donnerstag den 19. Januar, abends 7/8 Uhr, wurde von Derenburg her ein Meteorit über den Niedergehen eines Meteors in südlicher Richtung des Ortes bemerkt. Am anderen Morgen fand der Maurer Seht bei Eintritt seiner Arbeit im Steinbruch des Neßhals an einer von anderen Steinen aufgeräumten Stelle einen früher nicht bemerkten schwarzen, etwa 1 1/2 Zentner schweren Stein. Die Vertiefung, die das Niederfallen des Steines in gefrorenem Boden verursacht hatte, betrug ungefähr 25 Zentimeter. Der Stein ist augenscheinlich ein Meteorit, welcher Eisen in kristallisierter Form in zahlreicher Menge enthält. Die Verbindung der Kristalle scheint aus Schwefeleisen zu bestehen. Die Höhe des Meteorits beträgt 38 Zentimeter, der Umfang 118 Zentimeter. Der Stein liegt zu jedermanns Besichtigung im neuen Schützenhause in Derenburg aus.

Gardelegen, 6. Februar. (Eine gefallene Stütze von Thron und Altar.) Der Major a. D. v. Graberg aus Gardelegen wurde von der Strafkammer des Landgerichts zu Stendal wegen Veruntreuung von Münzdelgeldern zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 8 Monate Gefängnis beantragt. Von der Anklage der Unterjaglung antizipierter Gelder wurde der Angeklagte freigesprochen.

Halberstadt, 6. Februar. (Komunales.) Am Dienstag nachmittag 4 Uhr findet im Dompropsteigebäude eine Stadtverordnetenversammlung statt.

— (Panorama Stadtpark.) Diese Woche böhmisches Bäder: Franzensbad, Marienbad, Karlsbad usw.

Hasserode, 6. Februar. (Eine fette Prämie) scheint die heilige Pfarrstelle zu sein. Zu der Neubesetzung derselben haben nicht weniger als 60 Geistliche ihre Bewerbung eingereicht.

Nordhausen, 4. Februar. (Verhafteter Ordnungsmann.) Der Polizeigeant Driehaus aus Bennedenstein, der in Gemeinschaft mit dem inzwischen abgerichteten Stadtschreiber Bösch nach erheblichen Unterschlagungen flüchtig geworden war, ist in Halle a. S. verhaftet worden.

Schönebeck, 6. Februar. (Kartellisierung.) Am Freitag tagte die erste Kartellisierung des Jahres 1905, die eirentlicherweise von allen bis auf einen Delegierten besucht war. Soffen wir, daß auch fernerhin alle Sitzungen so besucht werden. Der erste Punkt, Krankenversicherungsangelegenheit, wurde verlagert, bis ein schwedendes Gerichtsverfahren erledigt ist. Die Abrechnung der Kartellkasse ergab ein Einkommen inkl. Kassenbestand vom vorigen Quartal 315,76 Mk., die Ausgabe 182,53 Mk., so daß ein Bestand von 133,23 Mk. verbleibt. Von diesem Kassenbestand gehören 20,45 Mk. zum Bibliotheksfonds, wozu noch 25 Mk. kommen, die in der vorigen Sitzung zum Bibliotheksfonds bewilligt sind. Bei der Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt: Vorsitzender Treffahn, Kassierer Ortel und Schriftführer Dannehl. Als Revisoren wurden Veeg, Hofmann und Kothke, als Bibliothekshelfer Ortel und Kothke und zur Kommission für Befreiung des Kost- und Logiszwangs wurden Schild, Schneiderei, Knöfeler, Hermann und Prüfer gewählt. Das Konzert des Hofopernsängers Jerns soll vorläufig nicht stattfinden. Für die Bibliothek sollen neue Verzeichnisse angelegt werden. Ein Delegierter brachte einen Fall von Denunziation durch ein früheres Mitglied des Maschinenbau- und Heizer-Verbands zur Sprache. Dieser hat an eine Firma geschrieben, bei der er früher beschäftigt, aber wegen Unbrauchbarkeit entlassen worden war. Der Befessene, ein früherer Schuhmacher Hermann Sp., ist jetzt auf der Stahlfabrik beschäftigt. Für die Bergarbeiter wurden 25 Mk. aus der Kartellkasse bewilligt. Die Fabrikarbeiter hatten einen Antrag gestellt, eine Petition an den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen zu richten, in welcher um die Abschaffung der Korrigendenarbeit außer der Anstalt erucht werden soll. Nicht drastisch kommt bei der jetzigen harten Zeit an Japsen der Schaden zum Ausdruck, der den Schönebecker Arbeitern durch die Beschäftigung der Korrigenden aus Gr.-Salze erwächst. Die Korrigenden arbeiten volle Tage die ganze Woche hindurch und die Arbeiter arbeiten nur abwechselnd einen Tag um den anderen, und diese Tage nicht einmal voll. Unter dieser Einrichtung leiden nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Geschäftsleute. Wenn der Arbeiter wenig verdient, kann er auch wenig kaufen. Das Sammeln der Unterschreften zu dieser Petition soll am Sonntag den 19. Februar stattfinden. Dazu sind mindestens 120 Mann erforderlich, und bitten wir, daß die Kollegen sich zahlreich daran beteiligen.

Wettin, 6. Februar. (Einen neuen Bürgermeister) hat unser Ort erhalten in der Person des Oberleutnants Schönbald aus Marienwerder. Einige Zeitungen hatten ihn schon zum Oberleutnant avancieren lassen. Jetzt berichten sie kleinlaut, daß es nur ein Oberleutnant ist. Es wäre doch viel schöner gewesen, wenn das Oberhaupt unseres Gemeinwesens ein höherer Charakter gewesen wäre. Damit hätte sich doch viel mehr prunken lassen.

Gerichts-Zeitung.

Sitzung vom 4. Februar 1905.

Dittschel. Der schon vier Monate im Gefängnis saß hier, geboren 1878, kam in der Nacht zum 23. November 1904 aus einem Gefängnis des Graubündens Kantons mittels Diebstahls und Einbruch mehrerer Eimer und Schüsseln, die der Dieb (Schloß) mit einnahm, zum Teil auch wegwarf. Ferner vertauschte Dittschel an dem (schon erheblich vorhergehenden) Arbeiter Karl Weidling hier, geboren 1883, ein Paar aus der Zarahale geklebene Schuhe für 60 Pf. Koch der Verhaftung schenkte Dittschel die Schuhe, die er trug, um sie unkenntlich zu machen. Dittschel erhielt wegen schwerer Diebstahls in einem Falle zusätzlich 6 Monate Gefängnis. Der Fall betraf die Zurechnung wurde zur näheren Ermittlung verlagert.

Schlagerei. Der Sattler Karl Jahn aus Halle, geboren 1884, geriet am 31. Dezember 1904 in der Herberge auf dem Trommelberg mit dem jugendlichen Fleischergehilfen Drennede in Wortwechsel und schlug gemeinschaftlich mit anderen Fremden auf ihn los. Bei der Festnahme legte Jahn sich einen falschen Namen bei und veranlaßte dadurch unrichtige Eintragungen in die Register. Der Angeklagte wurde wegen der Vergehen zu 3 Wochen Gefängnis, wegen der Uebertretung zu 8 Tagen Haft verurteilt.

Eine Freisprechung. Wegen Pfandentziehung wurde der Altändler Louis Weyh hier vom Schöffengericht am 18. November v. J. zu 3 Tagen Gefängnis verurteilt. Er hatte von dem Materialwarenhändler Wendler dessen Ladeneinrichtung und Mobiliar für 300 Mark angekauft und am 5. April v. J. zum größten Teil abholen lassen, obwohl er Kenntnis davon gehabt haben soll, daß die Sachen von dem Gerichtsvollzieher gepfändet waren. Die Berufungskammer erachtete dagegen für erwiesen, daß Weyh in gutem Glauben und in redlicher Absicht gehandelt habe, hob deshalb das erste Urteil auf und sprach ihn frei.

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 4. Februar 1905.

Wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes sind der Fleischermeister Ernst Thielemann und Wagenführer Heinrich Beder aus Halberstadt angeklagt. Am 24. August fuhr der Fleischermeister Thielemann mit seinem Wagen gegen einen Motorwagen der elektrischen Straßenbahn, wobei Thielemann erheblich verletzt wurde. Er verfuhr nun, beim Wagenführer die Schuld zuzuschreiben. Die Beweisaufnahme ergibt jedoch, daß Thielemann durch seine Fahrlässigkeit das Unglück selbst verschuldet hat. Das Urteil lautet gegen ihn auf 10 Mark Geldstrafe oder 1 Tag Haft. Beder dagegen mußte von der Anklage freigesprochen werden.

Ein eigenartiges Sittenbild entrollte eine Verhandlung des Schöffengerichts in Koburg. Im Jahre 1893 beglückte die Tochter des Hofschreibers Christl ihre Eltern mit einem strammen Ruben und gab den Hofschreiber Heumann als Vater an. Herr Heumann aber behauptete von dem Erzeugen, den Reuß, jetzt Gerichtsschreiber in Döhrbros, daß dieser in der gesetzlichen Empfängniszeit auch mit der Christl Umgang gepflogen habe. Dem entgegen behaupteten sowohl die Christl als auch Reuß, daß sie sich im gesetzlichen Zeitraum nicht begegnet hätten. Die Beweisaufnahme ergab jedoch, daß Thielemann durch seine Fahrlässigkeit das Unglück selbst verschuldet hat. Das Urteil lautet gegen ihn auf 10 Mark Geldstrafe oder 1 Tag Haft. Beder dagegen mußte von der Anklage freigesprochen werden.

Bermischte Nachrichten.

Die polizeiliche Gewissenhaftigkeit. Am Dienstag voriger Woche war der 8jährige Sohn des Arbeiters Boges in Linden bei Hannover ausgeschickt worden und abends nicht nach Hause zurückgekehrt. Gegen 8 1/2 Uhr meldeten die Eltern das Verschwinden auf dem Polizeibureau an, wo zunächst ein Protokoll aufgenommen wurde. Als der Vater am anderen Morgen 10 1/2 Uhr wieder zum Polizeibureau kam, erzählte er, daß in der Sache überhaupt noch nichts geschehen und daß das Protokoll noch gar nicht abgeschickt war. Der Vater begab sich darauf zum Polizeipräsidenten, wo bei der Kriminalpolizei bis 11 Uhr morgens noch nichts gemeldet war. Am Abend las der Vater in der Zeitung, daß in der Feldmark des Dicht vor Linden liegenden Dorfes Dadenstein am Morgen ein Knochen gefroren aufgefunden sei. Er begab sich nochmals zum Polizeibureau, wo man von nichts wußte. Der Vater ging dann nach Limmer, wohin die Leiche gebracht war, und erkannte darin auch seinen Sohn. Der Knochen wies einige Verletzungen im Gesicht auf, die Sache war ihm ausgezogen und verschwunden und auch sonst waren verdächtige Merkmale vorhanden. Die Leiche wurde beschlagnahmt und der Gerichtsarzt stellte angeblich Tod durch Krämpfe fest. Die Eltern fanden aber noch verschiedene Veränderungen, die auf vorausgegangene Gewalttaten schließen ließen. Die davon benachrichtigte Polizei gab darauf nichts, bis am Sonntag die Sache in der Nähe der Fundstelle der Leiche gefunden wurde und sich als mehrfach zerrissen und born mit weißen Flecken beschmutzt erwies. Damit entsteht der Verdacht, daß der Knochen einem Sittlichkeitsverbrechen zum Opfer gefallen ist.

Ein Sprachgenie. Fast unbeachtet starb am 16. Dezember v. J. im Krankenhaus zu Christiania ein Mann, von dem etwas zu hören auch die Leser unsres Blattes interessieren dürfte. Es ist der in Hannover am 15. Januar 1831 geborne Dr. Georg Sauerwein, nach der Leipziger „Musik. Ztg.“ der unbestreitbar bedeutendste Sprachkennner, von dem man überhaupt weiß. Er beherrschte nahezu fünfzig Sprachen, alte und neue, so daß er sie gewandt sprach und in ihnen sogar dichterisch produzierte. Im Jahre 1899 widmete er der Königin Viktoria von England längere und kürzere Gedichte in 38 Sprachen.

Mit 17 1/2 Jahren verließ er als Primus omnium (der Erste der ganzen Schule) das Gymnasium in Hannover. Im Maturitäts-Examen las er einen ziemlich langen

Neu eröffnet Tuchhandlung Neu eröffnet

Ernst Ifland

Magdeburg, Kronprinzenstrasse 3
1 Minute vom Hauptbahnhof - Fernsprecher 4818

Grosses Lager in Herrenstoffen aller Art
sowie Futterartikel
Spezialität: Cheviots und Kammgarnstoffe
Frühjahrs-Neuheiten

2518

Achtung! Zigaretten-Raucher

Wau-Wau-Zigaretten 10 Stück 20 Pf., pikant
Original „Sirawa“-Zigaretten 10 Stück 20 Pf., leicht
„Ni-o-no“-Zigaretten 10 Stück 30 Pf., mittel

Garantie für rein türkische Tabake und Handarbeit. Man verlange in
934 Zigaretten-Geschäften obige Marken.
Tabak- u. Zigaretten-Fabrik „Tiekigino“



PALMIN
feinste Pflanzenbutter

unübertroffen zum
kochen, braten & backen

50% Ersparnis
gegen Butter!

Zigarren!

In ausnahmsweise billigen Preisen empfehle:

Sumatras p. Mille 22, 25, 28 und 30
Blattelmage mit Vorderland-Landblatt und Sumatra-
Dede, igneweiß brennend p. Mille 20
Zigaretten garantiert rein türkische Ware 100 Stück 70

Zigarren-Versandhaus Otto Jäger
Magdeburg, Jakobstraße 47.

Fahrad- und Nähmaschinen-
Reparaturen werden prompt und
billigst ausgeführt.
Fahrad-Reparaturwerkstatt
Sudenburg, Halberstädterstr. 122a
Brunnecke. 2180

Singer-Nähmaschine, tadellos
gut nähend, für 12 Mk. & vert.
Klosterstraße 10, S. I. pl. 2261

Carl Mehmel
Buckau, Klosterbergstr. 16
Rechtsbeistand 973
in den schwierigsten Fällen.

Burg
Bringe meine
hochelegante
Masken-Garderobe
in empfehlende Erinnerung. 2360
Hörsingstr. 39, Hof.
Wwe. Brehmer

Ein gut jagendes Frettchen
billig zu vert. Knochenhauerstr. 67.

Gänsefett
garantiert rein, Pfund Mk. 1.20
bei Weinsberg, Berlinstr. 1a.

Küchenzettel
der Magdeburger Volkshalle
Gr. Marktstr. 21.

Dienstag: Linsen mit Rindfleisch.
Mittwoch: Rohläben mit Schweine-
fleisch.
Donnerstag: Weiße Bohnen mit
Sammelfleisch.
Freitag: Schmorhohl mit Schweine-
braten und Salzkartoffeln.

Himmelreichstraße, 1. Etage,
eine Seitenwohnung 3-330 Mk.
zu vermiet. Näh. bei Weinsberg,
Berlinstr. 1a.

In Orlan stelle noch einige An-
fertiger-Leihlinge unter günstigen Be-
dingungen an.
Gustav Brüggemann
Sudenburg, Langweg 56.
976 Telefon 3730.

Bäckerlehrling
sucht Frh. Bauernmeister, Bern-
burg, Langstraße 5. 989

Im Zirkus.

Metropol-Ensemble-
Gastspiel.
(Passipartoutis gültig.)
Täglich abends 8 Uhr:

Das Erbteil Kains
Sensationsschauspiel in 5 Akten
(Passipartoutis gültig.)
Mittwoch nachmittag 4 Uhr:

Der Roland von Berlin
Bühne: 15, 25, 35, 45, 55 Pf.

Stadt-Theater.

Dienstag den 7. Februar 1905
Figaro's Hochzeit.

Verloren

Fräulein, geg. A. E.
Gez. gute Belohnung
Abzug. Schindlerstr. 10, a. Hücher.

Danksagung.

Für die anlässlich des Hinscheidens
unser lieben, teuren Großeltern
in so reichem Maße erwiesene Teil-
nahme sprechen wir hierdurch unseren
liebevollsten Dank aus.
Magdeburg-R., Schönebeck,
Holmstr. 4, Februar 1905.

Fr. Hartmann und Frau
Ludw. Güter und Frau
Marie geb. Hartmann
Otto Hartmann und Frau
Wohlf. 12 Grödenstr.

Butter!

Geschäfts-Eröffnung.
Sonabend nachmittag eröffne ich in meinem Grundst.

Jakobstrasse 21
(Schraggegenüber der Blaubeilstraße)

die
fünfte Verkaufsstelle.

Indem ich ein hochgeehrtes Publikum bitte, mir auch für mein neues Unternehmen
das mir seither in so reichem Maße geschenkte Vertrauen gütlich werden zu lassen, werde
ich auch fernerhin bestrebt sein, bei reellster und billigster Bedienung
stets das Beste vom Besten zu bieten.

A. H. Völker Butterhandlungen
Fernsprecher 3450.

Jakobstr. 5, Jakobstr. 21, Jakobstr. 26,
Grünearmstr. 910 und Breitenweg 252.



Wie herrlich
wird meine Wäsche
mit D^r **ELSNER'S**
Seifenpulver!

In allen Geschäften zu verlangen!
Hauptniederlage: M. Lingner, Magdeburg-Wst.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Magdeburg. 222
Die Generalversammlung vom 5. Februar 1905 beschloß die
Anstellung eines dritten Beamten
im Bureau des Verbandes.
Auf diese Stelle reflektierende Verbandskollegen wollen eine Bewer-
bung bis 15. Februar 1905 bei der Unterzeichneten einreichen.
Die Ortsverwaltung.
S. A. v. Brandes, Knochenhauerstr. 27/28.

Städtisches Orchester

Städt. Kapellmeister Joseph Krug-Waldseeo.
Mittwoch den 8. Februar 1905, abends 8 Uhr
Fürstenhof-Konzert 2350

Eintrittskarten
im Vorverkauf 30 Pf., an der Kasse 40 Pf., Logenplätze 80 Pf.
bzw. 1.05 Mk., numerierte Tischplätze 55 Pf. bzw. 80 Pf.

Grosse öffentliche Frauen-Versammlungen!

Neue Neustadt Dienstag den 7. Februar im „Weihen
Sudenburg Dienstag den 14. Februar in der „Berthor
Alte Neustadt Mittwoch den 15. Februar 1905 in der
Magdeb.-Altstadt Montag den 20. Februar in der „Virt.
Wilhelmstadt Donnerstag den 23. Februar im „Eisen-
Buckau Montag den 27. Februar 1905 im „Thalia“

Die Tagesordnung in sämtlichen Versammlungen:
1. Die Vorteile der Konsumvereine für die Ernährung der
armen Volksschichten.
Referent: Herr Geschäftsführer Karl Schmidtgen. 2362
2. Freie Diskussion.
3. Beschlüsse.

Alle Frauen, auch Männer, sind hierzu eingeladen. Sämtliche
Versammlungen werden pünktlich um 8 1/2 Uhr eröffnet.
Die Vertrauensperson.

Gemeinsame Generalversammlung

der beiden Ortskrankenkassen
für die im Maurer- und Handwerker beschäftigten Personen
und für die im Zimmergewerbe beschäftigten Personen
zu Magdeburg

findet am Dienstag den 14. Februar 1905, abends 6 Uhr,
im „Dreikaiserband“, Gr. Storchstraße 7, statt.
Tagesordnung:

1. Wahl eines Kontrollkomitees.
2. Bericht Angelegenheiten.
3. Bestätigung der vom Vorstand aufgestellten Gehaltsliste der Beamten.
4. Rechnungslegung pro 1904.
5. Wahl von Vorstandsmitgliedern und Revisoren resp. Ausschüß-
mitgliedern.
6. Mitteilungen.

Magdeburg, den 6. Februar 1905.
Die Vorstände der
Ortskrankenkasse für die im
Maurer- u. Handwerker beschäft.
Personen zu Magdeburg.



Wir empfehlen
unsern Lesern zum Abonnement:

In Freien Stunden

Illustrierte Romanbibliothek
für das arbeitende Volk
wöchentl. ein Heft, 24 Seiten stark
10 Pfennig.

Gute Unterhaltungsklänge!
Der neue Jahrgang beginnt mit
dem herausragenden Roman
Im Banne der Verführung
von E. Malor
Illustrationen von J. Damberger

Abonnenten
können jederzeit eintreten.

Briefpapier-Kassetten

großartige Neuheiten
50, 60, 75 Pf., 1-2 Mk.

Kreuzkassetten

in großer Auswahl
empfehlen die
Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg, Jakobstr. 49.

Wilh. Brodtrück

Nach langem Leiden verstarb
Sonntag früh 6 Uhr mein lieber
Vater, Schwiegervater
und Onkel 998

im Alter von 44 Jahren.
Dies allen Bekannten und
Verwandten zur Nachricht, mit
der Bitte um stillen Beileid.

Wir trauern den Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Mittwoch
nachmittag 4 Uhr von der
Kapelle des alten Sudenburger
Friedhofs aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Magdeburg.
Rathruf.

Am Sonntag den 5. d. M.
starb an der Schwindbrucht unser
Kollege, der Schlosser
Wilhelm Brodtrück

im 44. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch den 8. d. M., nach-
mittags 4 Uhr von der Leichen-
halle des alten Sudenburger
Friedhofs aus statt.

Die Verwaltung.

Schuhwaren!

Billig! Billig!
Damen- u. Herrenschuhe, Stiefel-
schuhe, Turn-, Strand- u. Kinder-
schuhe, Pantoffeln, auch aus
Kunstlederstoffen. Hermann
Herrmann, Schmied-
str. 44.

Leidende Fische

E. Degener, Seidenstraße 12, Fischgeschäft
u. Fisch-Größerei. Man möge jede Opfer geben.
Extra
frische
Fische

Richard Göthling

Tischlermeister
Magdeburg-Neustadt
Möbel- und Polster-Werkstätten
Wittigstraße 41. 2348

Sarg-Ausstattungs-Magazin

Ornamente und Trauerdekorationen.
Neu eröffnet! Schmidtstr. 48 Neu eröffnet!
Reelle Bedienung. - Billigste Preise.